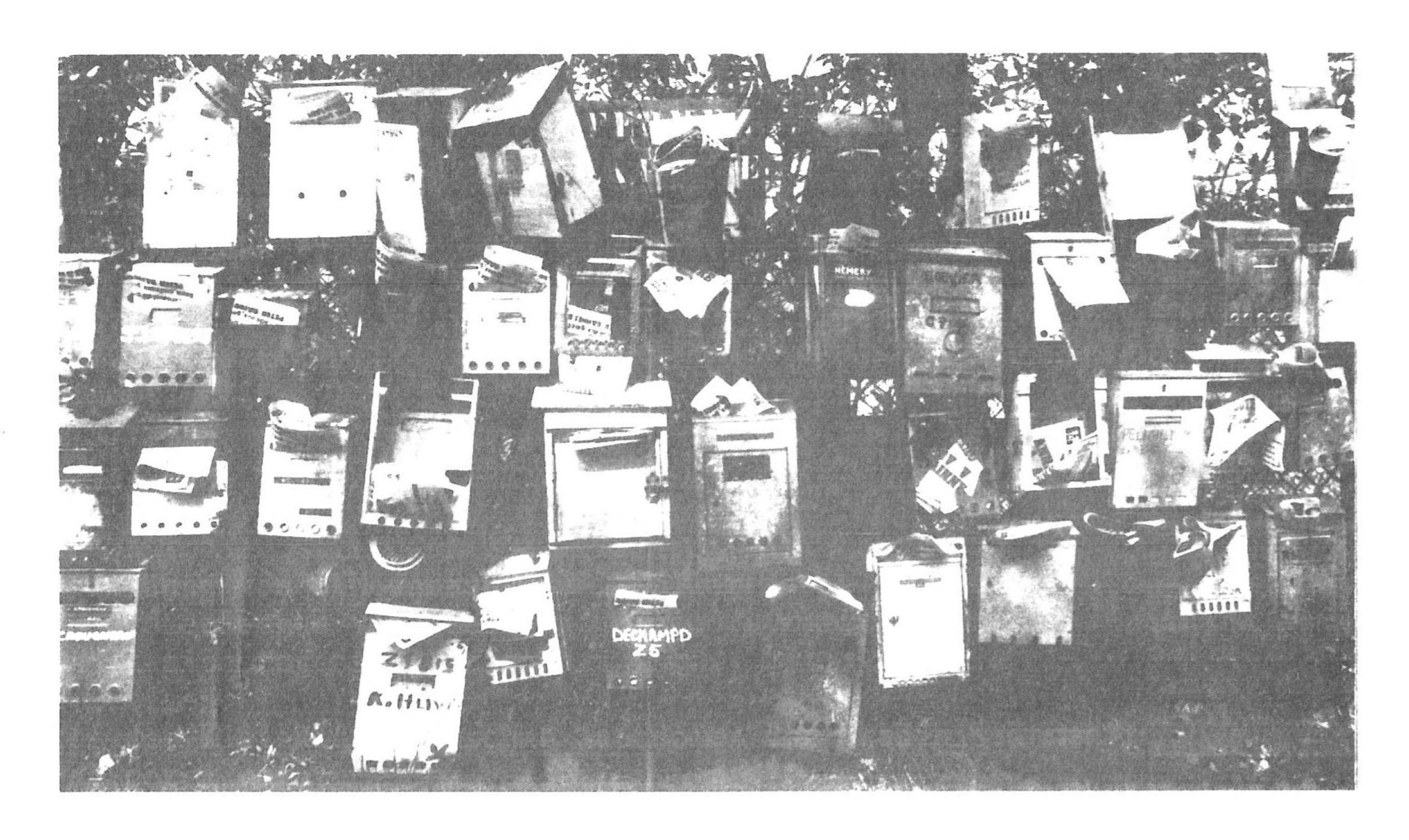

INTERIM
Wöchentliches Berlin-Info
Nr. 258 21. Oktober 1993

WE LOOK FORWARD TO HEARING FROM YOU



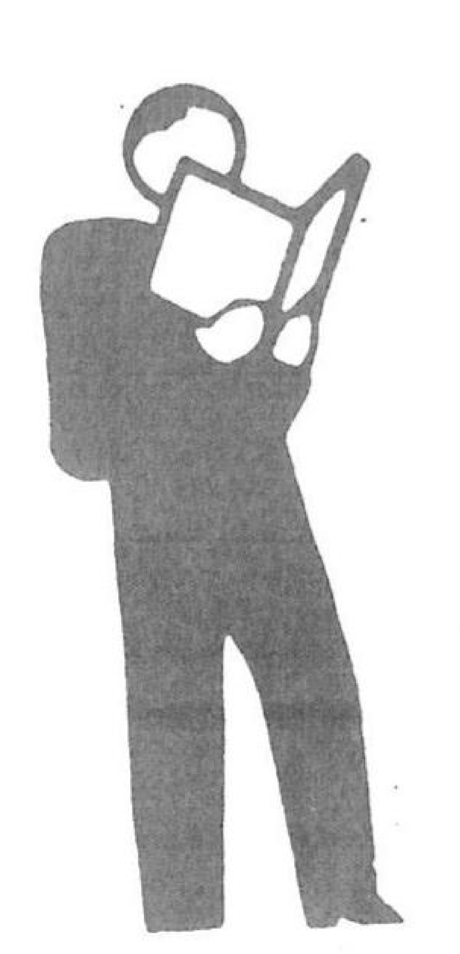
In den letzten Wochen war unser Briefkasten ziemlich leer. Schlafmützen!!!
Es gilt immer noch: Einsendeschluß ist Montag! Diese Woche haben wir vorallem das Programm zu den Antifa-Aktionstagen vermißt.
Wir bitten euch auf Attentate mit madenverseuchter Schokolade in nächster Zeit zu verzichten. Es sollte doch noch relevantere Objekte geben!!!

Inhalt

Inhalt Seite

Ordner

- Presseerkläung von B.Mohnhaupt zu I.Möller
- Antifa und die Rechte von Tieren
- Antifa M:Aktionstage in göttimgen
- Antifa Arolsen
- Jenseits des Kleinkiegs zwischen Autonomen und StalinistInnen
- TDKP/PKK :Stellungnahme der Parteileitung
- Presseerklärung der Kastanienallee 77
- Anfrage an die BVV Friedrichshain zu Wagenburgen
- Programm der Tagung des Deutsch-Arabischen Friedenswerks



Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

VERHINDERN WIR DAS LANDESTREFFEN DER "REPUBLIKANER"!

Im Dezember wollen die REPs flächendeckend zu den Kommunalwahlen in Brandenburg antreten und ihren ersten Durchbruch im Osten erzielen. Als Vorbereitung dazu halten sie am 23. Oktober ein Landestreffen ab, nur 20 km nordöstlich von Berlin, im 200-EinwohnerInnen-Dorf Tiefensee. Tiefenseer BürgerInnen haben schon gegen das REP-Treffen Unterschriften gesammelt. Wir werden das REP-Treffen nicht zulassen, nicht in Tiefensee oder anderswo!

Wir sollten die REPs nicht unterschätzen: ihr Erfolg beruht auf dem von Schönhuber zur Schau gestellten Image einer "Protestpartei für kleine Leute", die vorgibt, eine normale "konservative demokratische" Partei zu sein. Gleichzeitig sind sie aber ein Sprachrohr für den Rassismus und Nationalismus in weiten Teilen der Bevölkerung. Öffentlich distanzieren sie sich von den rassistischen Morden, für die sie aber das gesellschaftliche Klima erzeugen.

Doch hinter diesem Image der REPs steckt eine faschistische Partei!

Die REPs sind ein Sammelbecken für Altnazis und militante Neonazis.

- Ihr Chef Schönhuber verherrlicht die Waffen-SS und verharmlost das Nazi-Regime.
- Ihr ehemaliger Generalsekretär Harald Neubauer war in den 70er Jahren Kader der illegalen NSDAP/AO.
- Berliner REPs pflegten Kontakte zu den militanten Neonazis der NA in der Weitlingstraße.
- Bei den Kommunalwahlen in Hessen 1993 sprachen sich die REPs mit dem GdNF-Kader Heinz Reisz ab. (Die "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" ist eine straffe Kaderorganisation, die die nach außen unabhängigen militanten Neonazigruppen koordiniert.)

Die REPs sind direkt in rassistische Anschläge verwickelt.

- Drei REPs waren bei den Angreifern auf ein Heim in Zittau, in dem Kinder aus Tschernobyl ihre Ferien verbrachten.
- 1990 beteiligten sich mehrere REPler in Kassel an einem Brandanschlag auf die Wohnung eines Türken.
- 1991 überfielen zwei REPs in Mühlheim/Ruhr einen Türken, der daraufhin an einem Herzinfarkt starb.
- 1992 war ein Mitarbeiter der REP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg bei einem Brandanschlag dabei.
- Der Vorsitzende der "Jungen Republikaner" von Baden-Württemberg verübte einen Brandanschlag auf ein linkes Jugendzentrum in Pforzheim.
- Der Kreisvorsitzende von Ludwigshafen schlug einen Jugendlichen mit einem Baseballschläger brutal zusammen.
- In Quedlinburg wurde im November 92 im Keller eines REPs ein Waffendepot einer Wehrsportgruppe ausgehoben.
- Der Vorsitzende der REPs im bayerischen Bad Tölz war gleichzeitig Kopf einer Wehrsportgruppe.

Die REPs sind eine treibende Kraft der rassistischen Hetze gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen

Diese werden von ihnen als "Schmarotzer" und "artfremd" diffamiert. Unvergessen ist ihr widerlicher Werbespot bei den Senatswahlen in West-Berlin im Januar 1989, als sie Bilder von türkischen Kindern mit der Musik von "Spiel mir das Lied vom Tod" unterlegten. Und sie beschränken sich nicht nur auf Propaganda: Im März 93 schlägt ein Wachmann eines Flüchtlingsheims in Neckarsulm einen Flüchtling tot. Der Wachmann hatte mit den REPs eine Hetzkampagne gegen Flüchtlinge gestartet.

Die REPs sind frauenfeindlich.

Als Männerpartei treten sie für Strafen für jede Abtreibung ein und wollen Frauen zurück an den Herd treiben, auf ihre angeblich "naturgegebene" Rolle (REP-Wahlprogramm) als Ehefrau, Mutter und Hausfrau festlegen. Ausbeutung und Diskriminierung von Frauen würde damit verschärft.

Die REPs sind arbeiterfeindlich.

Sie propagieren eine faschistische Volks- und Betriebsgemeinschaft, ArbeiterInnen werden den Betriebsführer zur Gefolgschaft verpflichtet. Unternehmer werden gerne hören, daß die REPs radikal Arbeitsschutzrechte abbauen wollen. Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen werden von ihnen in bester Nazi-Tradition als "Leistungsunwillige" diffamiert.

Die REPs sind korrupt.

Sie wettern zwar gern gegen die Verkommenheit der etablierten Parteien, ihr ehemaliger Berliner Vorsitzender Bernhard Andres mußte sich jedoch selbst wegen Geldunterschlagung und Gewalttätigkeiten verantworten. Sein Leibwächter "Chinesen-Kalle" war Zuhälter und in einen Raubmord verstrickt, bis er selbst abgeknallt wurde. Sein Kumpan Frank Schulz, eine Zeitlang Vorsitzender der REPs in Berlin-Tempelhof, betreibt ein Porno-Kino in Pankow.

Verhindern wir das Landestreffen der faschistischen REPs!

KUNDGEBUNG

Sonnabend, 23. Oktober, 10.00 UHR

Tiefensee, direkt vor der Gaststätte "Spitzkrug"

Der Weg nach Tiefensee:

Auto: B 158 Richtung Bad Freienwalde, Tiefensee liegt 9 km hinter Werneuchen, die Gaststätte "Spitzkrug" an der Dorfkreuzung.

Bahn: um 6.30 Uhr mit der R 7 ab Lichtenberg, Ankunft in Tiefensee um 7.19 Uhr; (oder Lichtenberg ab 8.30, Tiefensee an 9.19)



Antifa Brandenburg

viSdP: S. Huber, Kluckstr. 25, Berlin

KEIN PLATZ FÜR NEONAZIS IN SPANDAU & ANDERSWO

Am 18.9. konnten sich am Kiesteich in Spandau ca. 140 Mitglieder der Wiking Jugend (WJ) und der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) ungestört treffen und beim kameradschaftlichen Fußballspiel ihre Propaganda verbreiten. Die WJ sieht sich in der Tradition der damaligen Hitlerjugend des 3.Reiches und konnte 1992 in Spandau und Umgebung schon zwei Veranstaltungen ungestört durchführen. Bei diesen Veranstaltungen handelte es sich höchstwahrscheinlich um Gedenkveranstaltungen für den Hitlerstellvertreter Rudolf Heß, der 1987 im Spandauer Kriegsverbrechergefängnis starb. Der Chef der Polizeidirektion 2, Hans Jürgen Förster, verharmloste die menschenverachtende Propaganda der WJ, als „Geschreibe von jungen Leuten in Pfadfindermanier." Seine Beamten vorort sahen keinen zwingenden Grund zum Eingreifen, sondern schauten nur zu. Außerdem nahmen sie Linke fest, die Photos von der Veranstaltung machen wollten.
In der Silvesternacht '92/'93 verübten Neonazis einen Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Spandau. Glücklicherweise konnte das Feuer durch Eingreifen eines Bewohners sofort gelöscht werden.
Der Rassismus in Spandau äußert sich nicht nur auf diese Art und Weise.
In der Disco „JETPOWER" (Klosterstraße/Ecke Ruhlebener Str.) beispielsweise, werden Männer mit „ausländischem Aussehen" nur nach Vorzeigen eines deutschen Passes eingelassen. Sie müssen wieder gehen, sofern sie keine Deutschen sind!
Das Flüchtlingswohnheim in Hohengatow soll geschlossen werden, obwohl die Flüchtlinge dort noch in relativ guten Verhältnissen leben, und die Anwohner sich an das Zusammenleben gewöhnt haben.
SIE WOLLEN NICHT GEHEN, ABER SIE MÜSSEN! WIDERSTAND IST ZWECKLOS! MAN SCHICKT SIE AUF EINE NEUE FLUCHT.

Demonstration
Am 20.November (Samstag)
Ab U-Bahnhof Rathaus Spandau (Linie 7)
um 12 00

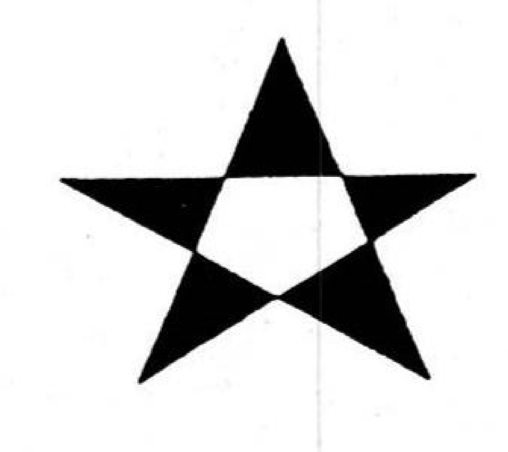
Außerdem fallen in Spandau und Umland immer häufiger Sprüherreien mit faschistischen Inhalten auf. Es blieb bisher Aufgabe einiger aktiver. Antifaschisten, sich um diese zu kümmern und sie zu übersprühen.
SO ETWAS WOLLEN WIR UNS NICHT LÄNGER BIETEN LASSEN! WIR WERDEN ES NICHT HINNEHMEN, DAß SPANDAU MEHR UND MEHR ZU EINEM TUMMELPLATZ FÜR ALTE UND NEUE NAZIS WIRD!
Wie sich beim Polizeieinsatz während des Fußballspiels der WJ 1993 herausstellte, haben wir von der Berliner Polizei nicht viel zu erwarten.
DIE NAZIS WERDEN IHRE GRENZEN ERST DANN ERKENNEN, WENN WIR UNS BEWEGEN, ETWAS TUN!

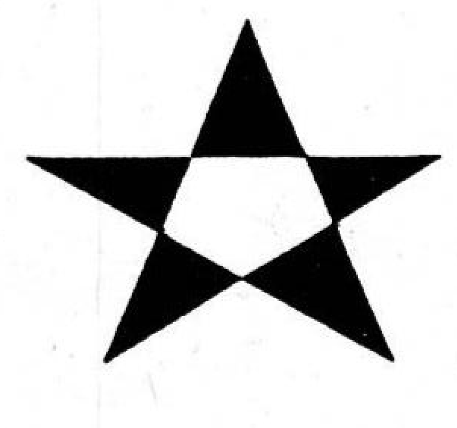
WIR WOLLEN EIGENE LEBENSWÜNSCHE VERWIRKLICHEN, DIE MIT BRAUNEN IDEOLOGIEN UND LÄNDERGRENZEN NICHTS ZU TUN HABEN. WIR WÜNSCHEN UNS EIN FRIEDLICHES ZUSAMMENLEBEN ALLER MENSCHEN UND WIR WISSEN, DAß UNS RECHTE RATTENFÄNGER UND IHRE IDEEN DABEI IM WEGE STEHEN!

Neonazis haben überall dort großen Zulauf und können sich frei bewegen, wo es keinen Widerstand gegen sie gibt. Generell geht es uns um eine große Bewegung in Berlin, die eigene Ideen entwickelt und versucht, diese umzusetzen. Damit können faschistische Einflüsse unter Berliner Jugendlichen eingeengt werden. Es würde den Rattenfängern dann schwerer fallen, Jugendliche ideologisch gleichzuschalten und uns unsere noch vorhandenen Freiheiten (Wie z.B. Jugendclubs, Konzerte, Cafés, Discos etc. ...) zu nehmen.
Uns ist es egal, ob jemand langes, gelbes, schwarzes oder grünes Haar hat, uns ist es egal, ob mensch groß, klein, farbig oder rosa ist, uns ist es egal, wen mensch sich als Liebespartner aussucht, ob Mann oder Frau, uns ist ist es egal, wenn jemand auf seinem Paß etwas anderes als den goldenen Adler hat.

GEGEN DIE GRENZEN IN DEN KÖPFEN UND AUF DEN LANDKARTEN!
FÜR FREIES FLUTEN, IMMER UND ÜBERALL!
ZUSAMMEN GEHÖRT UNS DIE ZUKUNFT!

Wir laden alle Menschen ein, zur antifaschistischen Demonstration in Spandau.





DEMONSTRATION
Am 20.November (Samstag)
Ab U-Bahnhof Rathaus Spandau
(Linie 7) um 12 00

Es wird noch eine VV im Mehringhof geben, achtet auf Infos!

V.i.S.d.P.:B. Leiberecht, Streitstraße Art.16,1993 Grundgesetz

In der Nacht vom 4. auf den 5. Oktober 1993 haben irgendwelche Gruppen wieder versucht mit gezielten Aktionen Druck auf ZeitungshändlerInnen auszuüben und dadurch faschistische Propaganda zu unterbinden.

Der Mob[1]

--- Stoppt die Nazi-Zeitungen ---

Da die diversen Verwarnungen und Aktionen bei einigen Vertrieben und HändlerInnen offensichtlich nichts bewirkt haben, haben sich mehrere Gruppen zusammengetan und rund 50 Zeitungsläden in den Bezirken Marzahn, Hellersdorf, Neukölln, Mitte, Lichtenberg, Reinickendorf, Charlottenburg, Wilmersdorf, Kreuzberg, Schmargendorf und Schöneberg besucht. Dabei wurden 3 Kioske abgefackelt und mehrere mit übelriechenden Substanzen bedacht. Außerdem wurden viele Schlösser verklebt und Begründungen gesprüht und geklebt.

Seit fast einem Jahr läuft eine Kampagne, die sich gegen den öffentlichen Verkauf faschistischer Zeitungen an Kiosken wendet. Faschistische Zeitungen, damit meinen wir die Blätter, die auf eine neue diktatorische bzw. faschistische Gesellschaftsordnung hinarbeiten. Sie verleugnen oder relativieren die Shoa, fordern die ehemaligen "Ostgebiete" zurück, verbreiten rassistische Hetze und sehen für Frauen in "Friedenszeiten" nur die Rolle an Heim und Herd vor. Mehr oder weniger direkt wird von diesen Blättern allen jüdischen Menschen und allen, die nicht weiß, deutsch und gesund sind und allen Linken, eine Lebensberechtigung abgesprochen. Dabei gehen diese Zeitungen unterschiedlich vor, sie sprechen unterschiedliche Schichten an und sind auch unterschiedlich offen faschistisch.

Konkret richten wir uns gegen folgende Zeitungen:
- *Deutsche Nationalzeitung* und *Deutsche Wochenzeitung* des Bonzen, mehrfachen Hausbesitzers, Verlegers und DVU-Vorsitzenden Frey
- *Deutschen Standpunkt* des ehemaligen FAP-Vorsitzenden Pape
- *Deutsche Stimme*, Monatszeitung der NPD
- *Criticon*, ein Organ der sogenannten "Neuen Rechten"
- *Junge Freiheit*, ebenfalls aus dem neurechten Spektrum

Besonders gefährlich ist die Junge Freiheit(JF) und das nicht nur, weil sie ab 1994 wöchentlich erscheinen will. Die Junge Freiheit wurde 1986 als internes Theorieorgan gegründet. Mittlerweile hat sie eine Auflage von über 30.000. Ihr Herausgeberverein "Förderverein zur Wiedervereinigung Deutschlands, Unitas Germania" ist von den Behörden als gemeinnützig anerkannt. Denen scheint es nichts auszumachen, daß Revisionisten wie Ernst Nolte und David Irving Deutschlands Kriegsschuld leugnen, die Ermordung von Millionen Menschen in den Gaskammern der Nazis bestreiten und die Opfer verhöhnen. Auch Werbung für faschistische Zeitungen und Organisationen scheint in Deutschland 1993 als gemeinnützig zu gelten.
Ein wichtiges Ziel der JF ist das Abbauen von Berührungsängsten zwischen Konservativen und Rechtsextremen, CDU-Funktionären, rechten Universitätsprofessoren, Reps, Nationalen und Nationalrevolutionären. So schreiben in der Jungen Freiheit z.B. der ehemalige Wiking-Jugendkämpfer Stefan Ulbrich, das (ehem.) NSDAP/AO-Mitglied und

---

[1] Eigentlich hieß das mal folgendermaßen und war ein Aufruf zur Denunziation an die HändlerInnen: "Durch irgendwelche Gruppen wird hier versucht, mit gezielten Drohbriefen Druck auf den Einzelhändler auzuüben und dadurch die Pressefreiheit zu unterbinden. Sollten diese Beispiele Schule machen, bestimmt der Mob, was verkauft werden darf."

jetzige Deutsche Liga Funktionär Harald Neubauer, der Witikone und Danubia-Burschenschaftler Hans-Ulrich Kopp, sowie der ehemalig REP-Funktionär Charsten Pagel. In Ihrem LeserInnen und UnterstützerInnenkreis finden sich bekannte Namen, wie z.B. Heinrich Lummer.
Die Junge Freiheit intellektualisiert faschistische Positionen und verpackt sie konservativ. Auf diese Weise wollen die MacherInnen der Zeitung nicht nur politische Macht, sondern zuerst eine kulturelle Vorherrschaft, erreichen.

Was das konkret heißt zeigen folgende Punkte:
Die AutorInnen der Jungen Freiheit brüllen nicht "Ausländer raus!", sondern reden von "Ethnopuralismus". Das bedeutet, daß einzelnen Menschen und ganze Völker nicht nur verschieden, sondern auch nicht gleichwertig sind. Den so definierten minderwertigen Menschen soll der Zugang nach West-Europa versperrt sein.
Der einzige Schutz, den sie Flüchtlingen gewähren wollen, ist der vor der "Vermischung mit der deutschen Rasse". Ihr Ziel ist ein "ethnisch reines" Volk in einem autoritären Deutschen Reich in den Grenzen von 1937. Das heißt, nicht nur "Ausländer raus", sondern auch: Schluß mit "Grundrechten und Liberalismus". Und endlich Schluß mit der Pressefreiheit. (ist ja auch praktischer, dann kann die schon kein Mob mehr angreifen) Frauen sollen Männern untertan sein, gesunde, weiße, deutsche Kinder bekommen und dürfen ihre angeblich angeborenen Fähigkeiten im Hegen und Bewahren sicher bald wieder in Feldlazaretten ausleben.

Wir wissen aber auch, was Grundrechte und Liberalismus unter patriarchalen, rassistischen und kapitalistische Bedingungen bedeuten, und deshalb heißt Antifaschismus für uns mehr, als nur gegen Nazis und ihre Presse zu kämpfen. Konkrete Antifaarbeit ist für uns ein Teil des Kampfes gegen Bonzen, PolitikerInnen, Macker und RassistInnen, gegen den imperialistischen Normalzustand.
Ein Teil dieses Normalzustands sind die Massen von Softpornoscheiße, die in fast allen Kiosken liegen und aushängen. Diese Vermarktung von Frauen- und Kinderkörpern, diese sexistische und heTERRORsexistische Propaganda kotzt uns an.

Weil in den rechtsextremen und faschistischen Blättern viel zusammenkommt, haben wir jetzt diese gemeinsame Aktion gegen den öffentlichen Verkauf gemacht. Durch den Verkauf in den Läden sind die Zeitungen, zusätzlich zu ihrem großen internen Stellenwert, auch noch maßgeblich an der Ausbreitung und Bestärkung faschistischen, frauenfeindlichen und rassistischen Gedankengutes in der Bevölkerung beteiligt.

Wir bekämpfen die faschistischen Zeitungen aber nicht, um diese Schein-Demokratie zu verteidigen, sondern weil sie ein Hindernis sind auf dem Weg zur Befreiung, weil sie mit rassistischer Hetze Mordbrenner unterstützen und legitimieren und weil sie ein Motor sind, der diese Gesellschaft immer weiter nach rechts treibt.

Kampf dem System!
Keinen Fußbreit dem Faschismus!

Verhindert das wöchentliche Erscheinen der Jungen Freiheit!

Antifaschistische Lesbenfrauengruppen
und andere antifaschistische Gruppen

Jetzt noch für alle, die daran weiterarbeiten wollen, hier eine Liste von Läden, in denen es die Zeitungen im letzten Halbjahr gegeben hat. Die mit * markierten Läden wurden im August oder noch später überprüft. Die anderen sind etwas älter. (Wir hoffen selbstverständlich, daß unsere Aktion etwas bewirkt hat und diese Liste jetzt nicht mehr aktuell ist.)

Charlottenburg:

*Nürnbergerstr.25		JF; DNZ
U-Zoo:		
*Bahnst. R Schl.Tor, hinten:	LUX	JF
*Bahnst. R Ruhleben, vorne:	LUX	JF
*Bhfhalle	BHG	JF
*Tauentzien vor Royal Palast	IP	JF
*Joachimst./Kud. vor Kranzler	IP	DNZ; JF
*Joachimst./Kud. ggüber Kranzler		DNZ; DWZ
*Bismarckstr. 28?		JF
*U-Sophie-Charlotte-Pl.:		
Bahnst. R Schlesisches Tor	LUX	JF
*Kaiserdamm 25		JF
*Theodor-Heuss-Pl.4	Palm	JF
*Reichsstr. 83	IP	DNZ; DWZ
*Otto-Suhr-Alle 95		DNZ
*Otto-Suhr-Alle 37		DNZ
*U-Bismarkstr.:Ausgang Wilmersdorfer/ Schillerstr. vor Plus		JF; DNZ
*S-Bhf.-Charlottenburg, Ausg. Kaiser-Friedrich-Str.	BHG	JF
*Mommsenstr. 41		DNZ; JF

Friedrichshain:

*Hauptbahnhof, Bahnhofshalle:	HD	JF
Leninplatz 2	PSG	DNZ
Petersberger Str. 91		JF
S-Warschauerstr., außen:	BHG	JF
U-Rathaus Friedrichshain		DNZ

Hellersdorf:

U-Hellersdorf, hinten, oben	Wolff	DNZ; JF

Hohenschönhausen:

S-Wartenberg, vorne draußen	PSG	JF
S-Hohenschönh. unten Bahnst.	PSG	JF

Köpenick:

S-Köpenick, hinten draußen	PSG	DNZ; DWZ
S-Karlhorst, hinten draußen	PSG	DNZ; DWZ

Kreuzberg:

*U-Kottb. Tor: U8 Bahnsteig	LUX	JF
U1 Bahnsteig	LUX	JF
*U-Schönleinstr.:	LUX	JF
*U-Prinzenstr.:R Ruhleben, unten	LUX	JF
*Prinzenstr. 22		DNZ;DWZ
*U1-Hall. Tor: Bahnst. R Ruhl.	LUX	JF
*U1-Möckernb.: Bahnst.R Ruhl.	LUX	JF
*U7-Mehringd.:Bahnst.R Span.	LUX	JF
*U-Gneisenaustr.:	LUX	JF
Lindenstr. 77		JF

Lichtenberg:

*S-Bahnsteig Lichtenberg	Wolff	DNZ; DWZ; DS; JF;
Emanuelstr.15/Lückstr.	Wolff	JF
Bhf-Lichtenb., Ausg. Bushalte	Wolff	DNZ, DWZ; JF
Lichtenberg Bahnhofshalle	PSG	DS; DNZ; DWZ; JF
Frankfurter Allee 235	PSG	DNZ; JF

Marzahn:

*Max-Hermannstr., FuZo, zw. Kaufcenter/Post.	PSG	DNZ; JF
*S-Marzahn	PSG	DS; DNZ; JF
*U-Elsterwerdaer, vorne, unten	Wolff	DNZ; DWZ
S-Springpfuhl, draußen	PSG	JF

Mitte:

Alex:

*Bahnsteig U 5	PSG	JF; DS; DNZ
*Zwischengeschoß U8-U2	BHG	DNZ; DWZ; JF
*ZG U-SBahn unt.Ebene	BHG	JF
*oben vor der Sparkasse	PSG	DNZ; DWZ
*oben, Durchgang zw. Kaufhof +Forum-Hotel	GEBER	JF
S-Friedr.str., hint. Bhfhalle	PSG	DNZ
Friedrichstr./Unt.d.Linden, vor dem Hotel	PSG	JF
Leipzigerstr. 35	PSG	DS; DNZ; DWZ; JF
S-Hackescher Markt, vorne, unten in Bahnhofshalle:	PSG	DNZ; JF
Hans-Beimlerstr./Mollstr.	PSG	DNZ; DWZ

Moabit:

Alt-Moabit 78		DNZ; DWZ

Neukölln:

*U8-Hermannplatz:	LUX	JF
*U7-Hermannplatz:	LUX	JF
*U-Boddinstr.:	LUX	JF
*U-Rathaus Neukölln:	LUX	JF
*U-Neukölln:	LUX	JF
*U-Grenzallee:	LUX	JF
*U-Britz-Süd:	LUX	JF
*U-Lipschitzallee:	LUX	JF
*U-Wutzkyallee:	LUX	JF
*Rudower Str.3? (Lotto)		JF
*U-Rudow:	LUX	JF
Leinestr.6		DNZ
Werbellin Str.2/Karl-Marx-Str.		DNZ;DWZ
Jonasstr.6a/Altenbrackerstr.		DNZ;DWZ
Kienitzerstr.91		?

Prenzlauerberg:

Dimitroff 150/Bötzowstr.	PSG	DNZ
S-Schönhauser Allee, Bahnst.		JF

Reinickendorf:

*U-Paracelsus-Bad: vorne, ZG	BHG	JF

Schöneberg:

*U-Kurfürstenstr.:	LUX	JF
*Goltzstr. 2		DNZ; JF
*U1-Wittenb.pl.:R Ruhleben	LUX	JF
*Wittenb.pl. vor Dt.Bank	IP	DNZ; DWZ; JF
*Belziger Str. 74		DNZ; DWZ
*Crellestr.4		JF
*Winterfeldstr. 6?		JF
*Dudenstr. (72)(neben Bolle)		DNZ
*Kolonnenstr. (38?)		JF
*U-Friedrich-Wilhelm-Platz:	LUX	JF
*Rheinstr.28		JF
Barbarrosa/Münchner Str.		JF

Spandau:

*Rathaus Spandau: Ausg. Rathaus,Zwischeng.	BHG	JF
*Siemensdamm: Siemens Kaufzentrum, in der Passage gegenüber Meyer		JF; DNZ; DWZ

Steglitz:

*Schloßstr.: Ausg. Schloßstr./ Dunthersstr.(unter Autob.)	BHG	JF

Tempelhof:

*U-Platz der Luftbrücke:	LUX	JF

Tiergarten:

*U-Hansaplatz:Ausgang vorne; oben		JF

Treptow:

S-Schöneweide, Bahnhofhalle	PSG	DNZ; JF

Wedding:

*U9+U6-Leopoldplatz:	LUX	JF
*Torfstr. 19		JF
*U-Seestr.:Bahnst.R Mariend.	LUX	JF
*U-Wedding:	LUX	JF
*S-Bahn Gesundbrunnen: Bhf-Gebäude oben, Ausg. Badstr.		JF
Gerichtsstr. 52a		DNZ
Müllerstr./Seestr.		DNZ

Wilmersdorf:

*U-Spichernstr.:	LUX	JF
*U-Günzelstr.:	LUX	JF
*Mainzerstr. 12		JF
*U-Fehrbelliner Platz:Ausg. Bushalte, Brandenburgische	BHG	JF
*BFA Passage:	Wolff	JF
*Berlinerstr. 154		DNZ
*Hohenzollernpl.:Ausg. Nassauische im Park		DNZ; DWZ
*Berkaer/Egler Str. (Hohenz.-d.)		DNZ; DWZ
Schlangenbader 25		DNZ; DWZ

Zehlendorf:

*Breitenbachpl.19		JF

Erklärungen:

LUX	Bahnhofsbuchhandlung LUX & Co (große Kette)
PSG	mehrere hundert Läden in Ost-Berlin und Brandenburg
Wolff	kleine Kette
BHG	Bahnhofshandels GmbH & Co (größte West-Berliner Kette)
JF	Junge Freiheit
DNZ	Deutsche Nationalzeitung
DWZ	Deutsche Wochenzeitung
DS	Deutscher Standpunkt
ZG	Zwischengeschoß

Angaben wie z.B. vorne werden immer von der City aus gesehen.

Eine Stellungnahme zu der Aktion in Spandau (Interim Nr. 256, S.10)

Wir finden es sehr fragwürdig, daß ihr für diese Auseinandersetzung die Interim als Medium gewählt habt. Auf dieser Ebene wollen wir keine nähere Auseinandersetzung führen, weil bei der Diskussion einer gelaufenen Aktion Strukturen offengelegt werden.
Daher wollen wir hier so wenig wie möglich diskutieren und uns auf eure Kritikpunkte beziehen.
Ihr kritisiert die konspirative Herangehensweise. Unsere Meinung nach ist das aber die einzige Möglichkeit um sich alle Aktionsformen offen zu halten, da bei einer Öffentlichmachung, durch die dann auch massiv präsente Polizei unser Handlungsspielraum eingeschränkt ist.
Ihr behauptet, daß schon auf dem ersten Treffen beschlossen wurde, eine Konspi-Aktion durchzuführen.
Da die anwesenden Gruppen auf diesem Treffen aber zu gar keiner Entscheidung gekommen waren, sondern die Sache bis zum nächsten Treffen durchdenken wollten, ist diese Behauptung schlicht und einfach falsch.
So wie wir euch verstanden haben, kritisiert ihr die Idee der konspirativen Mobilisierung allgemein. Diese Form scheitert natürlich, wenn die Leute nicht verantwortungsvoll mit Infos umgehen und sich nicht kontinuierlich an der Vorbereitung beteiligen, wie es hier der Fall war. Daraus schließen wir jedoch nicht, daß solch eine Aktionsform generell nicht geeignet ist - im Gegenteil. Ein grund mehr, die eigene Bequemlichkeit zu hinterfragen.
Zu guter letzt: Euren Ton fanden wir ziemlich daneben.

Einige Menschen, die sich nicht als "die betreffenden Antifas" verstehen aber auch bei der Vorbereitung dabei waren.

Unsportliche Narrenhände

Bei der CDU-Kreisgeschäftsstelle an der Görlitzer Schützenstraße sind in der Nacht vom Montag zum Dienstag Fensterscheiben eingeschlagen worden. Eine darunter gepinselte Losung bringt die Partei mit den Ereignissen von Solingen in Verbindung. Nähere Angaben zu Tathergang und den vermutlichen Tätern lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

Manche scheinen ihre Ansichten nicht anders artikulieren zu können, getreu dem Motto: Narrenhände beschmieren Tisch und Wände. Jede nur erdenkliche freie Fläche scheint willkommen zu sein, auch an Sportstätten, wie hier in Görlitz-Rauschwalde.

Anschlag auf Deutsche Bank

GÖRLITZ (gb). Bislang unbekannte Täter haben in der Nacht vom 21. auf 22. September auf die Filialen der Deutschen Bank in Görlitz in der Schlesischen Straße Farbanschläge verübt. In einem der GÖRLITZER ZEITUNG zugeleiteten Bekennerschreiben hat ein sogenanntes »Malerkollektiv« die Verantwortung für die Tat übernommen.

Mit ihrem Anschlag wollten die Täter in der Nacht vor der Entscheidung über den Austragungsort der Olympischen Spiele im Jahre 2 000 offenbar gegen die Bewerbung der Stadt Berlin protestieren. Die Berliner kamen bei der Abstimmung dann bekanntlich nicht zum Zuge. Den Zuschlag erhielt das australische Sydney.

In dem mit Schreibmaschine geschriebenen Bekennerschreiben wird die Deutsche Bank als ein Hauptsponsor der Olympiabewegung Berlins bezeichnet, der mit dafür verantwortlich sei, daß mit der Olympiabewerbung Berlin »möglichst schnell und super zur Bonzenmetropole aufbetoniert werden solle. Zitat aus dem Schreiben der militanten Olympiagegner an die GZ: »Kein Olympia und keine Hauptstadt an der Spree! – Kein ruhiges Hinterland den Sponsoren.«

„Auswüchse einer Gesellschaft, die Freiheit fehlinterpretiert"

CDU-Kreisverband zum Anschlag auf die Geschäftsstelle

Görlitz (SZ/PD). In einer Presserklärung hat gestern der CDU-Kreisverband Görlitz die Ereignisse in der Nacht vom 31. Mai zum 1. Juni verurteilt, als die Scheiben der Geschäftsstelle auf der Schützenstraße eingeschlagen und gegen die Partei gerichtete Parolen an die Wand gesprüht wurden (siehe SZ von gestern).

Die CDU bezeichnet diesen Gewaltakt als erneuten Ausdruck der Gefährdung der inneren Sicherheit durch den Radikalismus. Wörtlich heißt es in der vom Kreisvorsitzenden Wolfgang Thiemann unterzeichneten Erklärung: „Was wir heute erleben, sind Auswüchse einer Gesellschaft, welche die Freiheit des einzelnen überbetont, als absolute Freiheit fehlinterpretiert, in welcher der Staat das Gewaltmonopol zunehmend zugunsten radikaler Gruppen aus der Hand zu geben scheint. Zentrale Ursachen für die zunehmende Gewaltbereitschaft liegen unserer Meinung nach im geistigen Zustand unserer Gesellschaft. Ein ständiges Nachlassen des Rechtsbewußtseins, die Aushöhlung des Fundamentes ethischer Werte sowie die Schwächung familiärer und anderer menschlicher Bindungen zeigen schlimme Wirkung."

Heute räche sich, so die CDU weiter, daß man in Deutschland dem Leitbild einer „wertneutralen Erziehung" gefolgt sei, daß man immer wieder Gewalt und das Entstehen rechtsfreier Räume hingenommen habe. Vordringlich müßten heute die klassischen Erziehungsträger, die Familien und die Schulen, in ihrer Fähigkeit gestärkt werden, zur Orientierung an ethischen Werten und zur Rechtstreue zu erziehen. Eine herausragende Verantwortung trügen dabei auch die Medien, vor allem das Fernsehen.

Der Staat müsse wieder verdeutlichen, daß er allein über das Gewaltmonopol verfüge und stärker davon im Vorgehen gegen radikale Gruppierungen Gebrauch machen, heißt es abschließend in der CDU-Presseerklärung.

Anschlag auf Görlitzer Abgeordnetenbüro

Dresden (SZ). Auf das Büro des Görlitzer Landtagsabgeordneten Volker Bandmann (CDU) ist in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch ein Anschlag verübt worden. Unbekannte Täter zerstörten die Fensterscheiben sowohl zu dem Büro als auch zur benachbarten CDU-Geschäftsstelle. Die Geschäftsstelle war bereits das vierte Mal Zielscheibe von Randalierern. Beim letzten Anschlag hatten die Täter Scheiben eingeschlagen und die Worte „Solingen ist eure Tat" auf die Hausfront gesprüht. Bandmann: „Gewalt ist kein Mittel der politischen Auseinandersetzung." Die Ermittlungen sind inzwischen aufgenommen.

Zur Tagung des **"Deutsch-Arabischen Friedenswerkes" (DAF)** in der Humboldt-Universität am Samstag, den 23.10.1993, 14.00 - 22.00 Uhr, Hörsaal 2091/2092

Das "Deutsch-Arabische Friedenswerk" wird am Samstag seinen ersten öffentlichen Auftritt haben. Das sollte nicht unbeachtet bleiben, da das DAF enge Verflechtungen mit der **Neuen Rechten** besitzt. So gehört z.B. **Alfred Mechtersheimer** zum Gründungskreis. Mechtersheimer liefert den **ideologischen Zündstoff für rassistische Morde**, indem er schreibt: "Spätestens seit Solingen ist die multikulturelle Fiktion in multikulturelle Gewalt umgeschlagen. [...] Wer sich nicht integrieren und assimilieren will oder kann, [...] sollte [...] früher oder später zum Nutzen seines Heimatlandes dorthin zurückkehren. [...] Ohne nationales Gemeinschaftsbewußtsein wird Deutschland seine innere Einheit nicht finden." In seinem Umfeld finden sich bekannte **Neorassisten** wie **Henning Eichberg** oder der Kopf der französischen Neuen Rechten **Alain de Benoist.**
Trotz dieser bekannten und eindeutigen Namen ist es aber dennoch beim gegenwärtigen Wissensstand nicht umstandslos möglich, das DAF als ganzes mit "Mechtersheimer & Co" gleichzusetzen. Es war zu erwarten, daß Mechtersheimer Vorsitzender des DAF werden würde. Nun ist Dieter Schinzel, MdEP für die SPD, zum Vorsitzenden gewählt worden. Mechtersheimer ist für die Veranstaltung nicht namentlich als Redner angekündigt, ebensowenig Eichberg und Rolf Stolze. Von außen ist nicht zu beurteilen, ob das eine Veränderung bedeutet oder ob sich Mechtersheimer & Co bewußt zurückhalten, um sich hinter dem Namen Schinzels zu verstecken und ihr Spiel weiter zu treiben. Auch wenn das DAF nicht pauschal kritisiert werden kann, so bleibt doch, daß maßgebliche Teile des DAF dem Umkreis der Neuen Rechten zuzurechnen sind - und daß das DAF wohl als ein **Knoten im neorassististischen Netzwerk** formiert werden soll. Das nachfolgende Papier wirft Licht auf deren Beziehungsgeflecht und die rassistische Ideologie, die sie propagieren.

»Deutsch-Arabisches Friedenswerk« (DAF) - Mogelpackung der Neuen Rechten ?

»Das Deutsch-Arabische Friedenswerk hat die Aufgabe, in Deutschland, Europa und in der arabischen Welt [...] Menschen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Auffassungen zusammenzubringen, die einen Beitrag zur interkulturellen und internationalen Verständigung leisten wollen«,

heißt es im Gründungsmanifest des DAF, das am 23. Oktober in der Berliner Humboldt-Universität seinen ersten öffentlichen Auftritt hat. Klingt prima, doch der Glanz des ersten Augenscheins erweist sich als trügerisch.

In *Frieden 2000*, der Zeitschrift des Starnberger *Friedenskomitees 2000*, das unter der Leitung von Alfred Mechtersheimer die Gründung des DAF maßgebend vorangetrieben hat, lesen wir aus der Feder von A.M. in gepflegterem Deutsch die Losungen der schlagenden, brandstiftenden und mordenden FaschistInnen, von denen er sich andererseits scheinheilig distanziert. A.M. fordert gar, »die Deutschen« sollten ein »positives Verhältnis« zu Auschwitz, zum perfekt organisierten Massenmord an Millionen Juden, entwickeln und verlangt - nachdem die Nazis die Juden, denen ja Kosmopolitismus und Internationalismus nachgesagt wurde, ins Gas geschickt haben - die Absage an Internationalismus und an »multikulturelle Illusionen«:

»Spätestens seit Solingen ist die multikulturelle Fiktion in multikulturelle Gewalt umgeschlagen. [...] Wer sich nicht integrieren und assimilieren will oder kann, [...] sollte [...] früher oder später zum Nutzen seines Heimatlandes dorthin zurückkehren. [...] Die Gewalt gegenüber Ausländern ist auch ein Symptom für den moralischen Verfall. [...] Ohne nationales Gemeinschaftsbewußtsein wird Deutschland seine innere Einheit nicht finden [...] Es scheint, als seien sich die Deutschen selbst fremd. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen ein positives Verhältnis zu ihrer Geschichte, sie müssen sich von internationalistischen und multikulturellen Illusionen befreien« (A.M. in Frieden 2000, H. 5-6/1993, S. 1).

Rolf Stolz, ein weiterer Unterzeichner des DAF-Gründungsmanifests und seit langem bewährt in nationalistischer Unterwanderung der Friedensbewegung (vgl. Kratz 1990: 61-63), hetzte, daß Flüchtlinge - für Stolz in der Hauptsache »Drogenhändler, Zuhälter, Hütchenspieler, Zigarettenschmuggler, Sozialbetrüger«, »Dauerarbeitslose und Sozialbetrüger«, religiöse Fundamentalisten und Polit-Terroristen« (*Frieden 2000*, H. 3-4/1993, S. 4) - die deutsche Gesellschaft und Kultur zerstörten:

»Die große Koalition der Deutschlandfeinde und Ausländerverherrlicher verlangt, die [...] Deutschen sollten gefälligst der Zerstörung ihrer Gesellschaft, ihrer Kultur und ihres Wohlstands widerstandslos zusehen, weil es erstens inhuman sei, jemanden abzuweisen und man zweitens ohnehin nichts gegen die wachsende Völkerwanderung tun könne« (ebd.).

Daß Opfer rassistischer Gewalt selbst schuld sind, scheint für Stolz eine ausgemachte Sache zu sein. Es fragt sich nur, ob er von seiner (künftigen) Rolle spricht, wenn er sein Bürgerkriegsszenario entwirft:

»Durch die schnelle unterschiedslose Einbürgerung, durch das Privileg der doppelten Staatsangehörigkeit für einen Teil der Ausländer, wird Haß geschürt und Deutschland in einen Bürgerkrieg getrieben, in dem die zu Menschen mit geringeren Rechten gemachten Deutschen sich wehren werden - wobei zu befürchten ist, daß chauvinistische Hetzer sich an die Spitze dieser Bewegung setzen werden« (ebd.).

»Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!« *und* »Deutsch-Arabisches Friedenswerk« - manchen wird das widersprüchlich erscheinen. In Wahrheit jedoch paßt das zusammen wie der Arsch auf den Eimer - das Resultat changiert zwischen hell- und tiefbraun. Wenn sich im DAF der Einfluß Mechtersheimers und seines Starnberger Komitees hält, ist das DAF nicht die Organisation, von der wir eine gleichermaßen ehrlich wie effektiv betriebene Arbeit für interkulturelle Verständigung erwarten können. Wie wenig ernst es Mechtersheimer & Co mit der interkulturellen Verständigung und der internationalen Solidarität nehmen und wie billig ihre Analysen internationaler Politik sind, zeigt sich nicht zuletzt daran, daß sie die Friedensbewegung gegen die Flüchtlingssolidaritätsbewegung ausspielen, wenn sie herummäkeln, »daß sich Teile der Friedensbewegung in der Asylfrage mit "Ausländer-rein-Kampagnen" verzetteln« (*Frieden 2000*, H. 3-4/1993), S. 1). Als läge der Zusammenhang zwischen der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl und den Versuchen, *Out of area*-Einsätze der Bundeswehr durchzupeitschen, nicht auf der Hand (vgl. Link 1993)! Innerhalb des DAF formiert sich eine neurechte Tarnorganisation, die den Idealismus vieler an wirklicher Verständigung Interessierter ausnutzen will; dies zeigt ein kurzer Blick hinter die Kulissen.

1. Bekannt wurde **Alfred Mechtersheimer** als CSU-Mitglied, das sich als Militärexperte in der Friedensbewegung engagierte, er zog schließlich 1987 in den Bundestag ein. »Die Grünen haben sich über den Bundestagsabgeordneten Mechtersheimer mehr als einmal die Haare gerauft - zuletzt nach der finanziellen Unterstützung seines Friedensforschungsinstituts durch den libyschen Revolutionsführer Ghaddafi« (Nowakowski 1992; vgl. auch Kratz 1990). Mechtersheimer und Ghaddafi (und Henning Eichberg, ein weiterer Unterzeichner des DAF-Gründungsaufrufs mit guten Libyen-Kontakten) verbindet ein ausgeprägter Nationalismus und Antiamerikanismus, den sie - auf »links« kodiert - als »Antiimperialismus« zu vermarkten suchen. Dahinter verbirgt sich, als »Antizionismus« getarnt, Antisemitismus.[1] Mechtersheimer argumentiert »befreiungsnationalistisch« gegen »fremde Besatzer« (vgl. *Frieden 2000*, H. 1-2/1993, S. 5) - so erscheint das große Deutschland wie ein vom US-Imperialismus unterworfenes Dritte-Welt-Land, das zu eigenständiger politischer und kultureller Entwicklung finden, also »deutsche Identität« gegen »Entfremdung«, gegen den »Amerikanismus in uns selbst« wiedergewinnen müsse. Diese Botschaft des »Nationalpazifismus« verbreitet Mechtersheimer auch auf linken Veranstaltungen. Sein jüngstes Buch freilich erschien in der stramm rechten und nationalistischen Reihe *Ullstein Report*, mittels derer Rainer Zitelmann ein rechtes Denk-Kartell aufbaut, wie es seinem Verlagsherren, dem *Bundesbruder* der *Deutschen Gildenschaft* und Mitglied des revanchistischen *Witiko-Bundes*, Herbert Fleissner, nur zu gut gefällt.

2. **Henning Eichberg** ist ein Tausendsassa, der auf vielen Hochzeiten zu tanzen versteht. Dabei hinterläßt er überall seine rechten Spuren, die freilich selten nur auf den ersten Blick als Stiefelabdrücke erkennbar sind. Immer wieder gelingt es dem Militärhistoriker und Sportsoziologen, der nach Etablierungsproblemen in deutschen Hochschulen nach Dänemark auf einen Lehrstuhl für »Kultursoziologie« auswich, in linke, grüne und alternative Diskurse einzudringen und diese »befreiungsnationalistisch« aufzuladen. Eichbergs politischer Werdegang seit seinem Eintritt in die von Otto Strasser gegründete *Deutsch-Soziale Union* 1956 führte ihn über den *Nationaldemokratischen Hochschulbund*, die Mitarbeit in der von Arthur Ehrhardt (ehemaliger SS-Hauptsturmführer) gegründeten Zeitschrift *Nation Europa* und die *Aktionsgemeinschaft unabhängiger Deutscher* schließlich zu verschiedenen »nationalrevolutionären« Gruppen, deren theoretischer Kopf er ist. Den »Nationalrevolutionären« ging es »nicht primär um den Aufbau einer faßbaren Organisation, sondern um die Entwicklung eines Geflechts der Infiltration« (Teichmann 1991: 18); Eichberg übernahm arbeitsteilig den Part, linke, später grüne und alternative AdressatInnenkreise anzusprechen - das soll jetzt wohl auch über das DAF geschehen. Für Eichbergs Versuche der nationalistischen Umkodierung pazifistischer und ökologischer Diskurse spielt die seit 1979 erscheinende Zeitschrift *Wir selbst. Zeitschrift für nationale Identität und internationale Solidarität* (die auch Mechtersheimer-Texte nachdruckte) eine entscheidende Rolle.[2] Es ist Eichbergs Strategie, »nationalistische Agitatoren wie Jahn zu Vorläufern der Alternativbewegung zu erklären und sie anschließend wieder, nun unverdächtig gemacht, für eine völkisch-nationalistische Argumentation zu nutzen« (Wölk 1992: 56). Eichberg lügt dreist, wenn er behauptet, er habe in den siebziger Jahren eine politische Wende zur Linken hin vollzogen (vgl. ebd.: 54f. u. 61f.). Warum erschien dann sein Buch *Nationale Identität* mit den Weihen der *Deutschen Burschenschaft* versehen beim Verlag *Langen Müller*, der ebenfalls zum Fleissner-Imperium gehört? Was ist links an dem dort vertretenen »Kulturkonzept "Deutschland den Deutschen"« (Eichberg 1978: 105) - etwa die (für Mechtersheimer gewiß akzeptable) Parole »Deutsche Tradition gegen amerikanischen "Kretinismus"« (ebd.: 103f.)? Auf »links« kodiert war Eichbergs Anknüpfen an regionalistische Bewegungen in Europa und nationale Befreiungskämpfe, so im Baskenland, in der Bretagne und in Irland. Und »links« sollte auch seine Orientierung auf plebejische Elemente der »heidnischen« Volkskulturen wirken, die im brutalen Prozeß der Zivilisation und Nationenbildung von der christlichen Elitekultur unterdrückt wurden. So preist Eichberg »Odin als Revolutionär« (vgl. Eichberg 1990b), und wenn der Schlesier Eichberg Rübezahl als »Inbegriff des Schlesischen« (Eichberg 1990a: 66) entdeckt, ist das wohl seine Bewerbung als Unterschriftsteller für ein Deutsch-Polnisches Kriegswerk. Äußerst rabiat vertritt der *Nationaldemokratische Hochschulbund* eine verlogene Identifikation mit den PalästinenserInnen, wenn er - auf der Linie und im Jargon Eichbergs (vgl. Eichberg 1990b) - »befreite Zonen« (*Vorderste Front* H. 2, S. 4ff.) aufbauen will und »Bis zum Sieg! Intifada!« als deutschnationale Losung propagiert (ebd. S. 1). Gegen die wirren »befreiungsnationalistischen« Analogiebildungen muß festgestellt werden: »Schlesien« ist nicht Gaza, das »Sudetenland« nicht der Golan, Kaliningrad (»Königsberg«) nicht Jericho!

Eichberg betreibt keine ernstzunehmenden historischen und kultursoziologischen Studien, sondern läßt die »alten Götter« wiederkommen (vgl. Eichberg 1985). Dies liegt freilich nicht nur voll im irrationalistischen Trend der Besinnung auf Hexen und Schamanen, sondern geht

---

1 Auch die US-amerikanische Politik scheint aus der Perspektive Mechtersheimers fest in jüdischer Hand - man erinnere sich an die antisemitische Propaganda mittels der gefälschten Protokolle der Weisen von Zion. So vertreibt das Starnberger Kommitee »ein außergewöhnlich mutiges Buch« (Frieden 2000, H. 3-4, S. 5) von Paul Findley (Die Israel-Lobby. Hinter den Kulissen der amerikanischen Politik) und preist es wie folgt: »Für die Arbeit des Deutsch-Arabischen Friedenswerks ist es höchst aufschlußreich zu studieren, wie alle Versuche der Verständigung mit der arabischen Welt gestört werden« (ebd.).

vor allem mit faschistischer Ideologiebildung konform - »Heidentum zu neuem Anfang« lautet das gegen den »Universalismus« (d.h. hier »Judäochristentum«, Liberalismus, Marxismus und generell die Vorstellung von universellen Menschenrechten) gerichtete Credo Alain de Benoists (vgl. auch Eichberg 1978: 19f.). Was der *Nouvelle Droite* recht ist, ist in Deutschland den Sekten der *Deutschen Unitarier* in der Nachfolge der völkischen Glaubensbewegung billig. Deren Chefideologin Sigrid Hunke predigt den heidnischen und anti-universalistischen »Kampf um Europas religiöse Identität« (vgl. Hunke 1988) - Judentum, Christentum und Islam sind ihr zufolge in Europa raumfremde Religionen (auch für Rolf Stolz sind Koranschulen in Deutschland unerträglich [vgl. *Frieden 2000*, H. 3-4, S. 4], und das DAF-Gründungsmanifest pflegt das Feindbild des »islamischen Fundamentalismus«). Die alte Nazi Hunke, die 1941 mit Bekenntnis zu Adolf Hitler beim Rassepsychologen Ferdinand Clauß promovierte (vgl. Hunke 1941), ist zugleich die Orient-'Expertin' der im *Thule-Seminar* organisierten *Neuen Rechten* mit guten Kontakten zur *Nouvelle Droite* (vgl. Hunke 1985). De Benoist, Eichberg und Hunke vertreten das neorassistische, d.h. auf der Behauptung unüberbrückbarer kultureller Differenzen beruhende Konzept des »Ethnopluralismus« (vgl. de Benoist 1993 u. Eichberg 1978: 7f.).

»Ethnopluralistisch« wird ein Zusammenleben von Menschen aus verschiedenen Kulturen auf demselben Territorium für unmöglich erklärt und eine globale Apartheids-Politik legitimiert.

3. Die **»euroarabische Solidarität« der Neuen Rechten und das Programm des DAF** haben merkwürdige **Berührungspunkte**; sie bilden das Einfallstor für neurechte Umtriebe im DAF: Zunächst fällt auf, daß sich Mechtersheimer immer wieder für den Kopf der französischen Neuen Rechten, Alain de Benoist, stark macht. So stellt er in einem den Rassismus in Deutschland gefährlich verharmlosenden Artikel de Benoist als Opfer linksradikaler ausländerfeindlicher Gewalt dar, als deren 'geistiger Vater' rein zufällig ein Jude, nämlich Ralph Giordano, ausgemacht wird (vgl. *Frieden 2000*, H. 1-2/1993, S. 3). Bei der Gelegenheit verweist Mechtersheimer stolz darauf, daß seine Zeitschrift auch schon einen Beitrag von Alain de Benoist veröffentlicht (*Frieden 2000* H. 2/1991) habe.

Es geht aber um mehr als bloßen Personenklüngel: Wo Teile des DAF einerseits diskret und dennoch deutlich ethnopluralistisch gegen Flüchtlinge agitieren ('wer sich nicht assimiliert und integriert, soll nach Hause gehen'), andererseits für die - gegen die »Israel-Lobby« in den USA durchzusetzende (vgl. *Frieden 2000*, H. 3-4/1993, S. 5) - Verständigung zwischen einem ethnisch homogenisierten nationalgemeinschaftlichem Deutschland und einer ebenso homogen vorgestellten »arabischen Welt« (was auch immer genau damit gemeint ist) werben, da spricht Guillaume Faye, ein Mitstreiter Alain de Benoists, unter Berufung auf Hunke neorassistischen Klartext mit paranoiden verschwörungstheoretischen Verdrehungen:

> »Eine der negativsten politischen Nachwirkungen, die die Vielrassigkeit und der ihr innewohnende Rassismus verursachen, ist die Veschärfung des antiarabischen Rassismus [...]. Dieser, als unmittelbare Folge einer starken arabisch-moslemischen Präsenz in Westeuropa, kommt bestimmten politischen und strategischen Interessengruppen zugute; denjenigen nämlich, denen viel daran liegt, jegliche euroarabische Zusammenarbeit auf längere Sicht zu verhindern. [...]

---

2 Wir selbst, seit einiger Zeit mit dem unverdächtigeren Untertitel Zeitschrift für Politik und Kultur erscheint im Koblenzer Verlag Siegfried Bublies, der auch die Alleinvertriebsrechte für die BRD an Gaddafis Grünem Buch besitzt. In diesem Verlag erschien auch Eichbergs Buch Abkopplung. In August/September-Heft von Wir selbst erschien ein Interview mit dem selbsternannten »Revolutionsführer« unter dem Titel »Kampf für deutsche Einheit und Sozialismus«. Eichberg schrieb mehrere Aufsätze über Libyen bzw. Gaddafi (vgl. Eichberg 1983 u. 1986).

Die Anhänger eines aggressiven antiarabischen Rassismus, genauso wie die angeblichen Antirassisten, die - ohne Araber zu sein, sich das Recht anmaßen, sie zu 'beschützen', und die mit viel Geschick zur Vielrassigkeit 'anstiften', um dafür eine antiarabische Verwerfung hervorzurufen - sind die gleichen, die die Idee eines amerikanischen Europas verfechten, die den israelischen Imperialismus unterstützen, [...] die kurzum alles daran setzen, um die Europäer von den Arabern zu trennen. Sie wissen nur zu gut, daß eine euroarabische Solidarität, eine weltweit auf die arabische und die europäische Einheit angelegte Politik mit dem Zusammenleben mehrerer Kulturen unvereinbar sind und daß man die Regel 'Jeder an seinem Herd' übertreten muß, wenn man die Freundschaft zwischen zwei Völkergruppen lösen will.« (Faye 1988: 204)

Nun wissen wir es also genau: Die Juden und ihre Handlanger propagieren die multikulturelle Gesellschaft gezielt, um damit hier in Europa Rassismus wachsen zu lassen und um jegliche geopolitische »euroarabische Solidarität« zu diskreditieren, was letztlich nur den - jüdisch beherrschten - USA und natürlich Israel nutzt. So gehen Deutschtum in einem Europa der Nationen, Antiamerikanismus und als »Antizionismus« getarnter Antisemitismus eine unheilige Allianz ein - das DAF soll wohl als ein Knoten im neorassistischen Netzwerk formiert werden.

PS Wenn wir behaupten, daß maßgebliche Teile des DAF (Mechtersheimer ist eines von den vier Mitgliedern des Gründungsarbeitskreises) das DAF als Teil eines neurechten und neorassistischen Organisationsgeflechts zu formieren versuchen, heißt das gerade nicht, daß wir alle UnterstützerInnen für NeorassistInnen halten. Viele aufrichtig Engagierte wurden hinter's Licht geführt, ihnen waren die rechten Verflechtungen der Mechtersheimer, Eichberg und Stolz nicht bekannt. **Niemand ist vorzuwerfen, daß er/sie im DAF *war*, aber jedeR, der/die in einem *von Mechtersheimer & Co bestimmten* DAF *bleibt*, muß es sich gefallen lassen, als UnterstützerIn neorassistischer Politik kritisiert zu werden. Wie wäre es, wenn man die »pluralistische« Grundlage des DAF eingrenzte und das Nichttolerierbare (nämlich jegliche Form von Rassismus) ausgrenzte? Das wäre ein Friedenswerk, das den Namen verdient!**

Quellen

Alain de Benoist, 1991: Die Heuchelei des Westens. In: Junge Freiheit Februar 91, S. 7
Alain de Benoist, 1993: »Konsequenter Antirassismus setzt die Anerkennung der Differenz voraus« [Interview mit Armin Mohler u. Dieter Stein]. In: Junge Freiheit März 93, S. 3
Frieden 2000, Hefte 1-2, 3-4 u. 5-6/1993
Henning Eichberg, 1978: Nationale Identität. Entfremdung und nationale Frage in der Industriegesellschaft. München/Wien: Langen Müller
Henning Eichberg, 1983: Sport i Libyen. Om kropskultur som indikator pa samfundsmaessige modsigelser. In: Centring - krop og sport H. 4, S. 87-99
Henning Eichberg, 1985: Kommen die alten Götter wieder? Germanisches Heidentum im 19./20. Jahrhundert - Zur Genese alternativer Mythen. In: Thum, Bernd (Hrsg.): Gegenwart als kulturelles Erbe. Ein Beitrag der Germanistik zur Kulturwissenschaft deutschspachiger Länder. (= Publikationen der Gesellschaft für Interkulturelle Germanistik). München: Iudicium 1985, S. 131-172
Henning Eichberg, 1986: Die Revolution, die aus der Wüste kommt. Über das libysche Phänomen und den Weg des Sufi. In: Wir selbst Nov., S. 20-29
Henning Eichberg, 1987: Abkoppelung. Nachdenken über die neue deutsche Frage. Koblenz: S. Bublies
Henning Eichberg, 1990a: Rübezahl - Überlegungen zur Schamanismusforschung. In. Wir selbst H. 3-4/1990, S. 66-68
Hening Eichberg, 1990b: Von alten Mythen zu befreiten Zonen. Odin als Revolutionär und indianische Ratschläge zur Entkolonisierung. In: Wir selbst H. 3-4/1990, S. 32-40
Guillaume Faye, 1988: Die neuen ideologischen Herausforderungen. In: Krebs (Hrsg.) 1988: 185-236
Sigrid Hunke, 1941: Herkunft und Wrkung fremder Vorbilder auf den deutschen Menschen. Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Pilosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin.
Sigrid Hunke, 1985: Ce que l'Europe doit aux Arabes. In: Éléments H. 53, S. 32-36
Sigrid Hunke, 1988: Kampf um Europas religiöse Identität. In: Krebs (Hrsg.) 1988: 75-104
Pierre Krebs (Hrsg.), 1988: Mut zur Identität. Alternativen zum Prinzip der Gleichheit (= Veröffentlichungen des Thule-Seminars e.V., Bd. 2). Struckum: Verlag für Forschung und Kultur
Alfred Mechtersheimer, 1991: Befreiung vom nationalen Komplex. In: Junge Freiheit Juni 91
Alfred Mechtersheimer, 1992: [Rechtfertigung gegen Betz 1991] (Flugblatt verteilt bei der Berliner Volksuni 1992)
Alfred Mechtersheimer, 1993: Friedensmacht Deutschland. Plädoyer für einen neuen Patriotismus. Berlin: Ullstein
Muammar Al Qaddafi: Das Grüne Buch. Koblenz: S. Bublies
Vorderste Front. Zeitschrift für politische Theorie und Strategie. Hrsg. vom Nationaldemokratischen Hochschulbund e.V., Bundesvorstand. H. 2

Sekundärliteratur

Peter Kratz, 1990: Gaddafi - Mechtersheimer - Schönhuber. Quellen und rotgrüne Querverbindunen neofaschistischer Deutschland-Vereiniger. Mit einem Beitrag von Uta Schulze-Lessel. Hrsg. v. der Initiative Gemeinsam gegen Neofaschismus. Bonn
Jürgen Link, 1993: Zu Hause »asylantenfrei« - in Übersee auf »Friedensmission«? Über eine eigenartige diskursive Konstellation. In: kultuRRevolution. Zeitschrift für angewandte Diskurstheorie H. 28, S. 23-27 (auch in Peripherie H. 49, S. 6-16)
Gerd Nowakowski, 1992: Gegen linke Hygiene. Die Linke soll sich vor Mechtersheimer nicht drücken. In: taz berlin 4.6.1992, S. 21
Frank Teichmann, 1991: Henning Eichberg - nationalrevolutionäre Perspektiven in der Sportwissenschaft. Frankfurt a.M.
Volkmar Wölk, 1992: Natur und Mythos. Ökologiekonzeptionen der »Neuen« Rechten im Spannungsfeld zwischen Blut und Boden und New Age (=DISS-Texte 21). Duisburg: DISS

AUFMARSCH VERHINDERN - 14 NOVEMBER IN HALBE

vom 24. april bis 1. mai 1945 fand im raum halbe bei berlin die letzte große kesselschlacht des 2. weltkrieges statt. in dem kessel kämpften 200 000 deutsche soldaten einen aussichtslosen kampf, den 60 000 mit dem leben bezahlten.
im jahr 1951 errichtete der damalige pfarrer von halbe eine gedenkstätte auf dem örtlichen friedhof. diese wurde von den staatlichen stellen der DDR stets übergangen und möglichst verschwiegen.
die neofaschistischen kräfte in der DDR nutzten diese stätte als heimlichen wallfahrtsort. nach der sog. "wende" nahm das ganze neue dimensionen an. 1990 und 1991 organisierte die neofaschistische "berliner kulturgemeinschaft preußen" zusammen mit dem berliner spektrum faschistischer gruppen aufmärsche in halbe. jeweils am "volkstrauertag", von ihnen als heldengedenktag hochstilisiert, versammelten sich bis zu tausend alte und neue faschist(-inn-)en aus allen ecken der BRD, sowie aus belgien, frankreich, spanien und den niederlanden.
die bundeswehr ehrte in beiden jahren am gleichen tag, am gleichen ort nur zeitlich verschoben, die gefallenen "deutschen" der halbe-schlacht mit einem militärischen aufzug.
im letzten jahr wurde nach der anmeldung einer gegenveranstaltung, durch die polizei der nazi-aufmarsch in halbe verhindert. kleinere gruppen der FAP (freiheitliche deutsche arbeiterpartei) und der inzwischen verbotenen DA (deutsche alternative) versammelten sich dann ungestört z. b. in egsdorf, alt-golßen und stahnsdorf.
eine woche später führte die bundeswehr ihre veranstaltung in halbe durch.
auch in diesem jahr versuchen nazis aus allen ecken der BRD in halbe zu marschieren. der kreis schließt sich mit dem militäraufmarsch der bundeswehr und der gesellschaftlichen entwicklung:
abschaffung des grundrechts auf asyl;
kriminalisierung von antifas;
mölln, solingen, prieros, fulda
und zur regulierung der stimmung im land die lichterketten, seite an seite mit den anstifer(-inne-)n bzw. propaganda-plakate und farb-aufkleber des bundesinnenministeriums, die die "toleranz" und "offenheit" der BRD beweisen und die breite verankerung rechtsextremer ideologie in der bevölkerung vertuschen wollen.

KAMPF DEN MACHT- UND HERRSCHAFTSVERHÄLTNISSEN, DIE RASSISMUS UND MILITARISMUS PRODUZIEREN

deshalb: AUFMARSCH VERHINDERN!!!

unser kampf gegen jegliche form von rassismus und faschismus ist der kampf für eine welt ohne nationalstaaten

vorbereitungs-vauvaus: 21. 10. 20 uhr im mehringhof (gneisenaustr. 2a versammlungsraum
28. 10. gleiche zeit, gleicher ort, FRAUEN-LESBEN-VauVau
12. 11. gleiche zeit, gleicher ort

infotelefon immer donnerstags im BAOBAB ab 18 uhr: 426 94 51

Wattwurm
ANTIFASCHISTISCHES INFO AUS FISH
1 ausgabe 4 Mark

Wattwurm
c/o Der andere Buchladen
Bürger 198
27568 Bremerhaven

WER EINMAL LÜGT DEM GLAUBEN WA NICH
der KÜMMERLING zur Stellungnahme von P.T. (DAILY TERROR) in der letzten INNTERIM

1. wir bleiben bei der Behauptung, daß P.T. in der Zeit 86-`87 faschistischen Schwachsinn von sich gegeben hat und daß sein Politikverständnis / Weltbild entsprechend aussah.
2. um zu zeigen wer hier "stinkt und lügt", veröffentlichen wir im folgenden Auszüge aus Briefen von ihm aus der Zeit, die deutlich zeigen wo er steht.
3. klar können Leute sich ändern, aber wer alles tut um sich mit Lug und Trug reinzuwaschen, hat was zu verbergen.
4. mit Faschisten reden wa nich und auf solche Fanpost wie die von P.T. können wa verzichten !

DAILY TERROR RAUS AUS UNSEREN KONZERTEN !!!

die KÜMMERLINGE

DAILY TERROR
% P. TEUHER

Braunschweig, den 11.01.87

Mein Mitzi & Beatrice, zunächst vielen Dank für Eure Briefe,

...

netten Wünsche für 1987. Wollen wir hoffen, daß alles klar geht. Anbei eine Bitte an Dich. Kannst Du mir bitte eine Kopie von dieser beschissenen Anarchisten-Dreckszeitung mit den Verleumdungen über mich schicken? Danke im voraus, probier's mal. Es ist übrigens völliger Quatsch, daß ich Aufkleber + Zeitungen verteilen soll, aber der Artikel interessiert mich trotzdem. Daß meine politische Einstellung rechts ist, brauche ich ja wohl nicht extra zu betonen, meine beiden Stimmen bekommt am 25.01. jedenfalls die Liste 7 (NPD), aber zum Zeitungenverteiler gibt es ja nun genug Leute. Ich wünsche Dir übrigens auch

b.w.

...

So, nun werd ich mal Schluß machen. Beste Grüße aus BS von mir an Dich beide.

Never surrender

Oi! Oi!

[Unterschrift]

Dein' DAILY TERROR + DOITSCHLAND treu.

Hintergrund zur Sauerländer Aktionsfront

siehe auch göDru Nr. 120/122. (üny). Die Sauerländer Aktionsfront (SAF) ist eine Vorfeldorganisation der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF), die die Wiederzulassung der NSdAP zum Ziel hat. Sie ist auch im Kasseler Umland aktiv und wurde im August 1991 von Thomas Fink ins Leben gerufen. Fink, 25jährig am 1. August 1992 bei einem Motorradunfall tödlich verunglückt, war bereits seit Anfang der 80er Jahre aktiv in der Neonazi-Szene. In seinen früheren Wohnorten Ulm und Günzburg war er in der NPD sowie in der FAP tätig. 1984 fungierte er laut antisemitischem Hetzblatt "Sieg" als Kontaktperson einer Kameradschaft Günzburg. Von dieser Kameradschaft stellte die Polizei am 13. August 86 Transparente sicher, die mit Parolen wie "Rudolf Heß - gestorben für Deutschland", "Deutschland erwache" und "Nieder mit der Demokratie" versehen waren.

In Günzburg entstand 1985 ein "Leserkreis der Neuen Front", eine an vielen Orten gegründete Tarnorganisation der 1983 verbotenen ANS/NA von Michael Kühnen während der Übergangsphase von der ANS/NA zur FAP. Ende 1989 wurde Thomas Fink von Otto Ernst Remer mit der Führung der "Bismarck-Jugend", der Jugendorganisation der 1983 von Remer gegründeten "deutschen Freiheitsbewegung" (DDF) beauftragt. Remer war wegen seiner Rolle bei der Niederschlagung des Putschversuches vom 20. Juli 1944 von Hitler erst zum Oberst und dann zum Generalmajor befördert worden und ist einer der bekanntesten Geschichtsrevisionisten, sprich Holocaust- und Auschwitz-Leugner. Mit der Bismarck-Jugend sollen dabei die Jugendlichen "zu den Tugenden des Kameradschafts- und Corpsgeists zurückfinden. Wir müssen wieder Selbstdisziplin erlernen und Opferbereitschaft, allesamt Tugenden, die anknüpfen an die hohen Ideale soldatischen Kameradschaftslebens" (Zitat aus der Zeitung der DDF). Ein Neonazi, der "das Lernziel erreicht hat", schreibt in der gleichen Zeitung: "Wenn Europa das künftige Jahrtausend bestehen soll, muß es nach den Idealen der Waffen-SS gestaltet werden."

Anfang 1991 zogen Thomas und Ehefrau Luise Fink schließlich nach Dromskirchen in ein Haus, das der ehemaligen NPD-Funktionärin Gisela Robel-Pitzner gehört. Bis dahin hatte sie das Haus kostenlos der NPD zur Verfügung gestellt. 1985 hatte sie bereits ihr Ferienhaus im norditalienischen Iseo der NPD geschenkt, die es seitdem als Parteischulungszentrum nutzt. Anfang 92 zog er erneut um, diesmal nach Schenklingsfeld bei Bad Hersfeld.

Dieser Umzug aus dem bayerischen Günzburg nach Nordhessen ist sicherlich in Zusammenhang mit der in Neonazi-Kreisen diskutierten Strategie, ländliche Gebiete verstärkt "aufzurollen", zu sehen. Hinter dieser Strategie steckt die Einschätzung der FaschistInnen, daß in ländlichen Gegenden "das Potential größer, die polizeiliche Präsenz kleiner und der antifaschistisch-demokratische Widerstand wenig bis gar nicht vorhanden" sei. Jedenfalls begann Thomas Fink Anfang 91, seine faschistischen Aktivitäten in Nordhessen, vor allem im Kreis Waldeck-Frankenberg sowie im benachbarten Hochsauerlandkreis. Anfangs ausschließlich unterstützt von Luise Fink, ziemlich bald aber auch durch die ersten "angeworbenen" Jugendlichen, verteilte er gerade vor Schulen und in Discotheken zahlreiche Flugblätter. Darin wurden "alle Skinheads, Hooligans und sonstige Deutsche, die ihre nationale Einstellung nicht nur für sich behalten ... sondern aktiv nach außen vertreten" wollen, zu tätiger Unterstützung aufgefordert.

Neben weiteren Flugblättern der bereits oben erwähnten "Deutschen Freiheitsbewegung" DDF, des "Schutzbund des deutschen Volkes" aus Frankfurt, wurden vor allem Flugblätter des "Freundeskreises Freiheit für Deutschland" FFD mit Sitz in Bochum verteilt. In den antisemitischen, rassistischen und frauenfeindlichen Flugblättern des FFD ist u.a. die Rede davon, daß "ein Völkermord am deutschen Volk" mittels "systematisch betriebener Überfremdung durch fremdrassige Invasoren" geplant sei. Das nordrheinwestfälische Innenministerium hat mittlerweile am 2.9.93 diesen FFD verboten.

Finks Plan, "überall in unserem von Fremdarmeen besetzten Restdeutschland Kameradschaften mit national gesinnten Mädchen und Jungen zu gründen", führte schließlich auch in Nordhessen und im benachbarten Hochsauerlandkreis zum Entstehen einiger aktiver Neonazi-Gruppierungen, wie z.B. in Korbach, Frankenberg und Meschede (bzw. eben auch zur Bildung der "Sauerländer Aktionsfront").

Diese zunehmende Organisierung führte schließlich auch zu vermehrten faschistischen Aktionen. Einige Beispiele:

6.3.1991: Bombendrohung bei einer Flüchtlingsunterkunft in Waldeck.

25.7.91: In Korbach taucht ein Flugblatt mit der Telefonnummer der Polizeidirektion Korbach mit folgendem Inhalt auf: "Belohnung 500 DM Kopfprämie für jeden toten Ausländer".

26.7.91: Am Ortseingang von Willingen hängen Neonazis eine lebensgroße Puppe mit der Aufschrift "Scheinasylanten raus" auf.

30.9.91: Bei einer Flüchtlingsunterkunft in Willingen wird eine Fensterscheibe durch einen Steinwurf beschädigt. Der Stein war in ein Papier mit der Aufschrift "Hoyerswerda ist nicht alleine, SS-Ost" eingewickelt.

27.10.91: Vor einer Flüchtlingsunterkunft in Dalwigsthal geparkte Autos werden beschädigt.

Dezember 91: Ein Jugendlicher, der ein Flugblatt mit faschistischem Inhalt zerreißt, wird von 3-4 Neonazis zusammengeschlagen. 2 Tage später erhält er einen Drohanruf, daß er sich "aus Aktionen raushalten" soll. Der Anrufer meldet sich mit "Bismarck-Jugend".

Anfang 92: In Frankenberg wird zweimal in nächtlichen Blitzeinsätzen an Stromkästen, Telefonzellen, Wänden und in einem zu diesem Zweck aufgebrochenen Schaukasten der Innenstadt massenhaft faschistisches Propagandamaterial verklebt.

In der Öffentlichkeit versuchte Fink öfters, sich als seriöser Biedermann darzustellen. Bei öffentlichen Veranstaltungen wie z.B. einer Info-Veranstaltung Mitte Juli 92 in Frankenberg und auch in LeserInnenbriefen in der Frankenberger Zeitung distanzierte er sich von Gewalt bzw. schob die Ursachen von jeglicher Gewalt AntifaschistInnen in die Schuhe: "Unsere schärfste und alleinige Waffe ist die Waffe des Wortes und der Wahrheit!" Nichtsdestotrotz war er nichts anderes als ein hochkarätiger Neonazi mit zahlreichen Verbindungen, sei es zu Führungsgrößen der Neonazi-Szene wie Christian Worch, sei es zu dem Geschichtsrevisionisten Ernst Zündel oder zu Wolfgang Juchem aus dem nordhessischen Hessisch-Lichtenau.

Juchem, Mitglied der DVU, der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" und Gründer der "Friedensaktion Wiedervereinigung", und Fink tauchten des öfteren gemeinsam bei Veranstaltungen auf. Beispiele dafür sind im Oktobver 91 die Jahreshauptversammlung der DDF in Ilsenburg (Harz), das Gründungstreffen der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" 1991 in Villingen-Schwenningen (Fink fungierte dabei als Ordner) oder auch auf der oben erwähnten Juso-Veranstaltung. Juchem ist als Geschichtsrevisionist Verfechter der sogenannten "Auschwitz-Lüge" und behauptet die Existenz einer jüdischen "Massenmordplanung" gegen das deutsche Volk. Er ist häufig Redner bei faschistischen Veranstaltungen, wie z.B. die Rudolf-Heß-Gedächtnismärsche 1991 und 1993.

Thomas Fink war der hessische Organisator der Rudolf-Heß-Gedächtnismärsche 1991 und 92. 1992 verschickte er mit der Post des Förderkreises Vereinigte Rechte (Initiator ist Peter Dehoust von der Zeitschrift "Nation und Europa") die ersten Aufrufe für die FaschistInnen. Desweiteren ist Finks Anwesenheit und Koordinationstätigkeit beim Kühnenbegräbnis am 3.1.92 bekannt.

Die Sauerländer Aktionsfront tauchte das erste Mal am 31.8.91 auf, indem sie ein Nazi-Skin-Konzert in Meschede organisierte, das nach VS-Angaben 650 Personen besuchten.

Am 18.7.92 sollte in Meschede schließlich eine Antifa-Demo stattfinden. 4 Tage vorher meldete die Sauerländer Aktionsfront bzw. Thomas Fink eine Anti-Antifa-Demo an. Dieser faschistische Aufmarsch wurde genehmigt und konnte dank Polizie-Schutz ungehindert durchgeführt werden. Die Antifa-Demo wurde durch die Polizei um 2 Stunden verschoben. An dem faschistischen Aufmarsch nahmen übrigens führende GdNF-Kader wie Worch, Petri, Thomas Wulf und Otto Riehs teil. Am 27.12.92 wollte die Sauerländer Aktionsfront erneut eine Anti-Antifa-Demo in Meschede durchführen. Aufgrund des antifaschistischen Widerstandes konnte dieses Mal der Aufmarsch nicht stattfinden. die Nazis mußten unter Polizeischutz aus Meschede geleitet werden.

Beim Rudolf-Heß-Gedächtnismarsch 92 tauchte die SAF mit dem Transparent "Thomas Fink marschiert im Geiste in unseren Reihen mit" auf.

Am 31.7.93 veranstaltete die SAF zusammen mit der verbotenen "Deutschen Alternative" schließlich eine Gedenkveranstaltung anläßlich des Todestages von Fink. Veranstaltungsort war Battenberg im nordhessischen Kreis Waldeck-Frankenberg. Als Redner traten Christian Worch, Michael Petri und Otto Ruhs auf. Insgesamt nahmen 80 FaschistInnen an der Veranstaltung teil.

Nachfolger von Fink bei der SAF wurde Thomas Kubiak. Bereits zu Finks Lebzeiten tauchte er als Kontaktadresse für die wöchentlichen "Kameradschaftsabende" in Korbach auf.

Verhaftungswelle gegen AntifaschistInnen in Arolsen

Im Vorfeld des von rechtsextremistischen Gruppen organisierten Aufmarsches zum Gedenken an den Hitler-StellvertreterRudolf Hess, kam es im Raum Arolsen/Nordhessen zu einer Auseinandersetzung zwischen autonomen AntifaschistInnen und Neonazis. Dabei wurde Thomas Kubiak, der führende Funktionär der „Sauerländischen Aktionsfront", laut Polizei- und Presseangaben, lebensgefährlich verletzt.

Die „Sauerländische Aktionsfront" ist eine Vorfeldorganisation der GdNF (Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front), die sich mit dem Aufbau von „nationalen Kameradschaften" im hessischen Landkreis Waldeck-Frankenberg, sowie im benachbarten Hochsauerlandkreis (NRW) beschäftigt. Das politische Engagemen der „Sauerländischen Aktionsfront" beschränkt sich nicht nur auf Flugblattaktionen für „nationalgesinnte" Jugendliche, sondern umfaßt ebenso brutale Angriffe gegen AusländerInnen und Menschen aus linken Zusammenhängen. Der „Sauerländischen Aktionfront" sind ca. 60 gewaltbereite Neonazis zuzurechnen, deren Kader um Thomas Kubiak auch gute Kontakte zur örtlichen Polizei nachgesagt werden.

Offensichtlich war die Verhaftungswelle, die nach der Auseinandersetzung einsetzte, in Polizeikreisen schon länger geplant, so daß diese antifaschistische Aktion am 14.August einen idealen Vorwand lieferte.

Bereits einen Tag später, am 15.August, wurde die erste Person aus Antifazusammenhängen mit dem Vorwurf des „schweren Landfriedensbruch" und des „gemeinschaftlich begangenen versuchten Totschlags" verhaftet. In den darauf folgenden Tagen wurden neun weitere Personen aus Antifazusammenhängen, die alle aus Arolsen und Umgebung stammen, in Untersuchungshaft genommen. Die inhaftierten Personen sind ausschließlich „Heranwachsende" im Alter zwischen 18 und 21 Jahren.

Die Staatsanwaltschaft Marburg scheint es darauf anzulegen ein Exempel zu statuieren. Laut Dr. Hans-Jürgen Karge, Leiter der Staatsanwaltschaft Marburg, gilt es die Inhaftierten „ganz schnell anzuklagen", um „ein Zeichen gegen die Selbstjustiz zu setzten".

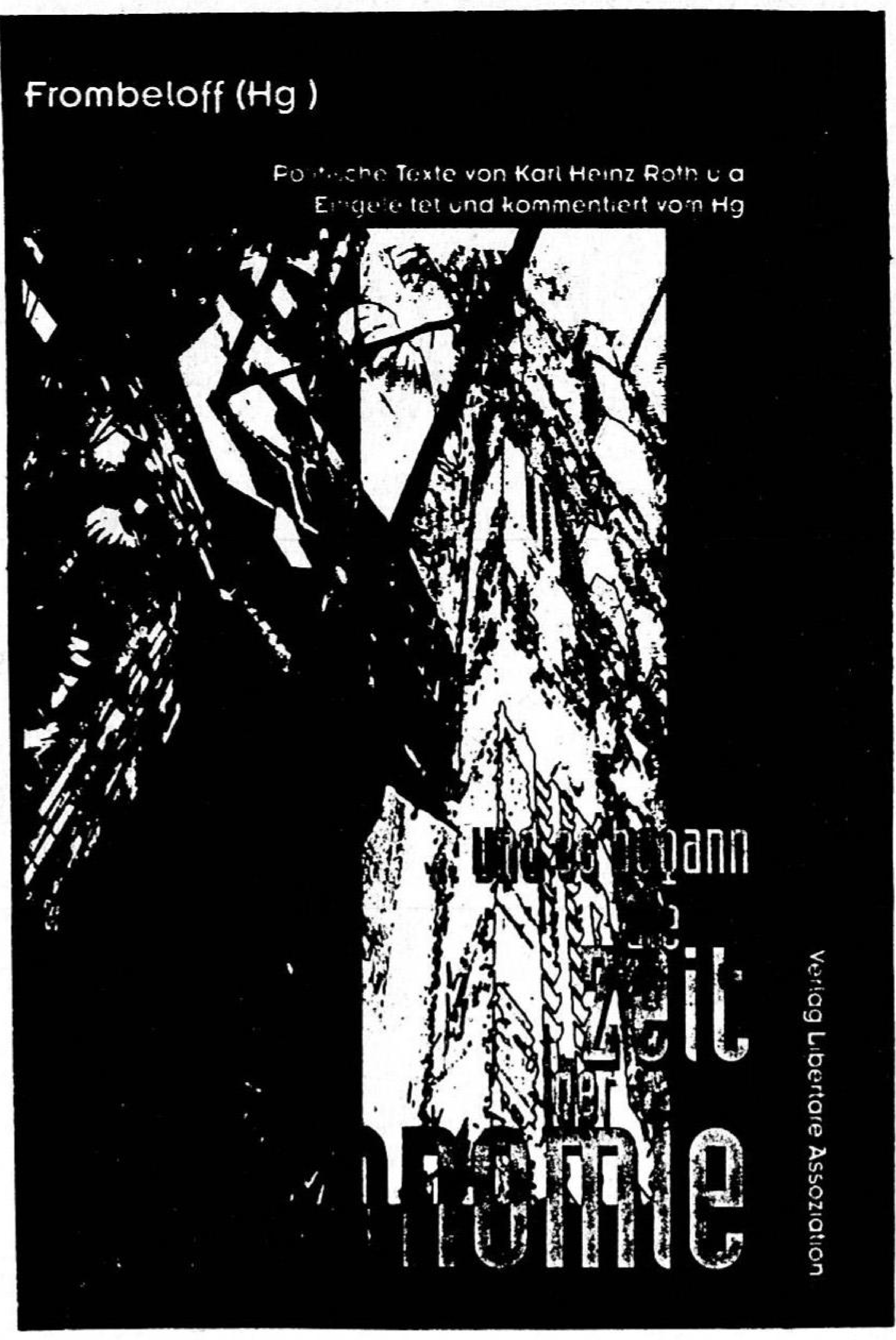
An dieser Verhaftungswelle wird deutlich, wie verschieden Polizei und Staatsanwaltschaft gegen rechte und linke Gruppierungen vorgeht. Als Beispiel ist hier nur die Fahndung der Polizei am 1.1.1991 zu nennen. Anstatt die Fahndung von Alex S..Mördern gleich aufzunehmen, warteten sie. Oder auch Thorsten Heise, der auf Bewährung frei herumläuft, und mutmaßlich an Straftaten beteiligt ist, wird von der Staatsanwaltschaft nicht behelligt.

Desweiteren hat das „Nationale Infotelefon" in Hallenberg die Anti-Antifa aufgefordert, die Suche nach den „TäterInnen" in die Hand zu nehemen.

Solidarität mit den Gefangenen!

Spendenkonto:

"Arolsen"-Spendenkonto: Bunte Hilfe Marburg, Stichwort "Wunsiedel"
Kto.-Nr.:1018009940 bei Sparkasse
Marburg-Biedenkopf BLZ. 53350000



An der Schwelle zum 21. Jahrhundert scheint vieles wieder möglich.
Weltweit strukturieren Konzerne ihre Produktion um: Gruppenarbeit, Just-in-Time, Lean Production lauten die Parolen des Kapitals, das auf Kosten der Erwerbstätigen aus der Krise rauskommen will.
Für die Lohnabhängigen im Trikont bedeutet das weitere Marginalisierung, für die Metropolen-Gesellschaften weitere Polarisierung.
Die Gewerkschaften stehen den neuen Technologien meist hilflos bis zustimmend gegenüber.
Aber was kann die Linke in den Gewerkschaften und außerhalb tun?

NICHTS IST UNMÖGLICH...

Zu den Widerstandsformen gegen Wirtschaftskrise, Toyotismus und neue Proletarität

Es diskutieren

KARL-HEINZ ROTH
Stiftung für Sozialgeschichte

HARRY NICK
Grundsatzkommission der PDS

BERND GEHRKE
Bündnis Kritischer GewerkschafterInnen

26. Oktober, 20 Uhr
Mathegebäude der TU, MA 004

Veranstalter[illegible]: analyse & kritik (kb), asta fu, asta tu, gruppe avanti

Widerstand

Mit dem Beginn der 'postfabrikistischen' Phase finden bei KHR in einzelnen Aspekten seines Verständnisses von Widerstand einschneidende Veränderungen statt. Diese sollen im folgenden beschrieben werden. Wir meinen, daß für eine Darstellung der Veränderungen und Verschiebungen vorab zu klären ist, was von ihm unter Widerstand verstanden wird und wie dieser sich konstituiert.

Konstitutionsfrage

KHR definiert Widerstand als "die Negation der bestehenden Verhältnisse, und zwar nicht nur mental, nicht nur theoretisch, sondern auch im ganzen Lebensvollzug, also ein Leben gegen die bestehenden Verhältnisse zu organisieren, möglichst direkt und möglichst konfrontativ".[1]

(Spätestens) seit seiner Haftentlassung, u.a. beeinflußt durch die Thompson-Rezeption[2], wird die Entstehung von Widerstand folgendermaßen begriffen: Widerstand entwickelt sich in einer Situation des Konflikts zwischen einem gewohnten Lebensmilieu, aber auch den daraus abgeleiteten Werten und Traditionen (z.B. 'überschaubare soziale Sicherheit') und einem Angriff auf diese sozialen Verhältnisse im Rahmen einer zunehmenden kapitalistischen Durchdringung. Bestimmte materielle und ideelle Existenzbedürfnisse, die historisch ein unterschiedliches Niveau haben, können dann nicht befriedigt werden. Je stärker dieser Konflikt ist, desto heftiger beginnen die betroffenen Individuen oder Kollektive zu revoltieren.

Im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise 1928/29 liest sich das dann so: "Der Zusammenbruch des Welthandels traf die Hafengebiete wie ein Keulenschlag. Bis 1932 waren 30% der Hamburger Lohnabhängigen chronisch arbeitslos. 300.000 Menschen waren auf 'Wohlfahrtsunterstützung' angewiesen, wie die Sozialknete damals hieß. 300.000 Menschen lebten also unter dem Existenzminimum, im Hunger, Tausende wurden aus ihren Wohnungen vertrieben. Die Hafen-, Bau- und Transportarbeiter der noch verbliebenen und der inzwischen neu entstandenen proletarischen Viertel waren besonders hart betroffen. Und sie wehrten sich: Gemeinsam mit Frauen und Jugendlichen bekämpften sie Zwangsräumungen aus den Wohnungen, eigneten sie sich Lebensmittel an, bauten sie einen 'informellen' Überlebenssektor auf, in den die Behörden bald keinen Einblick mehr hatten. In diesen Vierteln bildeten sich Gruppen von militanten autonomen Jugendlichen, und bis zu 70% der Wähler haben KPD gewählt. 1930 veranstaltete das gesamte Viertel Neustadt-Nord eine Aneignungsaktion von Lebensmitteln, im Juli 1932 gab es bei einer Polizei- und Nazi-Provokation im 'Abruzzenviertel' (Große Freiheit bis Altonaer Bahnhof) militanten Widerstand mit vielen Toten."[3]

Klassenwiderstand hat für KHR per se sozialrevolutionäre Inhalte, aber auch de-

Kleiner Ausschnitt aus: "...und es begann die Zeit der Autonomie", Politische Texte von K.H.Roth u.a.

formierte und rückwärtsgewandte Seiten. Als sozialrevolutionär werden bestimmte Inhalte dann eingeschätzt, wenn sie emanzipativen Charakter haben und ihre Durchsetzung die Grundlagen des Systems zerstören würde. Die verschiedenen sozialrevolutionären Widerstandsformen unterteilt er in soziale (Wieder-)Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums (Hausbesetzungen, Miet- und Strompreisboykott, Schwarzfahren, Diebstahl' von sonstigen Gebrauchswerten, Aneignung von mehr Freizeit ....) und Revolte gegen die 'materielle Gewalt des Kapitals' (z.B. Verweigerung und Sabotage der Produktion). Dies sind die alltäglichen Formen der Auflehnung des Proletariats gegen kapitalistische Ausbeutung **und** Existenzbedrohung, die den Revoltierenden als Widerstand bewußt oder auch nicht bewußt sein können.

So analysiert KHR beispielsweise die Auswirkungen der durch die EDV-Einführung veränderten Arbeitsbedingungen auf die betroffenen Ingenieure folgendermaßen: "Auf der subjektiven Ebene laufen in diesem sogenannten höher qualifizierten Teil von Automationsarbeit zur Zeit alle typischen Entfremdungsprozesse ab, die wir Anfang der 70er Jahre bei den Massenarbeitern der Transferstraßen analysiert und hervorgehoben haben. Müßiggang, Absentismus, Fehlzeiten, Gewaltträume, informelle Sabotage der EDV-Anlage, das Eingeben falscher Programme als individuelle Revolte .... Einige bringen sich um, einige haben ihre akuten Psychosen, die große Masse erlebt eine neue Form der Müdigkeit, die Müdigkeit des Massenarbeiters der 20er Jahre - und eine kleine, eine winzige Minorität beginnt zu revoltieren. Sie beginnt informellen Widerstand zu leisten."[4]

Erst wenn sich die sozialrevolutionären Inhalte des Widerstands auf breiter Basis durchsetzen können und klassenintern wirkende Spaltungsmechanismen überwunden und Integrationsangebote des Systems unmöglich gemacht werden ('Homogenisierung der Klasse'), kann es zu Massenwiderstand/Massenrevolte und zur Sprengung des Systems kommen. Als weitere wesentliche Voraussetzung für die soziale Revolution wird das Vorhandensein einer kollektiven sozialen Utopie bezeichnet.

Umgekehrt können sich aber auch die verformten und reaktionären Seiten des Klassenbewußtseins durchsetzen. Für den Zeitraum von 1928-33, also die Jahre des Aufstiegs des Faschismus zur Massenbewegung, beschreibt KHR diesen Zusammenhang folgendermaßen: "Es gab keine Klasseneinheit. Die in sich gespaltene Arbeiterbewegung (gemeint sind hier konkret die Organisationen der ArbeiterInnenbewegung: Gewerkschaften, SPD und KPD; Anm.d.Verf.) nahm nichts von dieser Entwurzelung auf. Sie gab der Verzweifelung und Aggressivität der Massen keine politische Wendung, keine - um mit Bloch zu sprechen - Heimat. (...) Der Nationalsozialismus nahm im Gegensatz zu den Arbeiterorganisationen die tiefgründigen Entwurzelungsprozesse auf. Er benutzte die rückwärtsgewandten und deformierten Seiten der Massenbedürfnisse nach überschaubarer sozialer Sicherheit und spielte sie gegen ihre sozialrevolutionären Inhalte aus."[5]

Neue Soziale Bewegungen und Theoriefortschreibung

Nach den "wilden Streiks" von '73 kam es zu keinen weiteren größeren Kämpfen auf Fabrikebene. Mit der Umstrukturierung der Arbeitsprozesse in den großen Unternehmen schwindet sowohl die Zahl als auch die Bedeutung der MassenarbeiterInnen. "Eine neue Arbeiterfigur, die fähig wäre die Kämpfe zu vereinheitlichen, ist noch nicht auf den Plan getreten."[6] Widerstand findet zunehmend auf der außerfabrikären Ebene der Gesellschaft statt. Es entstehen bzw. verbreitern sich die neuen sozialen Bewegungen.

Vor diesem historischen Hintergrund sahen KHR und die "Autonomie" einen klaren Bezug auf einen nur fabrikbezogenen Klassenkontext als immer weniger realistisch an. An dessen Stelle tritt in der 'postfabrikistischen Phase' die Hinwendung auf die gesellschaftliche Totalität und damit verbunden auf die Widerständigkeit der neuen sozialen Bewegungen (HausbesetzerInnen, Frauenbewegung, JobberInnenbewegung, Anti-AKW-Bewegung, Stadtteilbewegungen, AussteigerInnen...). Unter dem Aspekt der sozialen (Wieder-)Aneignung und der Leistungsverweigerung werden sie als antagonistisch zur bestehenden Gesellschaftsordnung verstanden, ihre Kämpfe als mehr oder minder heftige Angriffe auf die Kapitalverwertung bzw. auf deren Rahmenbedingungen interpretiert.

Dabei sieht KHR Hoffnungsträger auf gesellschaftliche Veränderung allerdings nicht nur in den bekannteren Protagonisten (Frauenbewegung, Anti-AKW-Bewegung) der neuen sozialen Bewegungen, sondern er konzentriert sich vor allem auf ihre basisorientierten Segmente, wie Häuser- und Stadtteilkampf, Jugendzentrenbewegung und JobberInnen. Dies leitet sich ab aus der Wahrnehmung einer unter der Schmidt-Regierung einsetzenden Verarmung und Verelendung immer weiterer Segmente der Klasse: "Das Schmidt-Regime ging dazu über, den sozialen Eruptionen (1968-73; Anm.d.Verf.) die Basis zu entziehen, nämlich die Vollbeschäftigung. Es konfrontierte das Recht auf Einkommen als machtpolitischen Aspekt der klasseninternen Enthierarchisierung mit dem guten alten 'Recht auf Arbeit', auf dessen disziplinierende Wirkung die technokratischen Planer auch im Zeitalter der kapitalistischen Reduktion der Produktionsarbeit nicht verzichten können."[7]

Die Basisbewegungen praktizierten in dieser Situation aus der Sicht von KHR als entschiedenster Teil der Massenarmut das 'Recht auf Existenz' in Form von sozialer (Wieder-)Aneignung. Ihr Alltag in subkulturellen Zusammenhängen wird als Gegenmodell zur herrschenden Ordnung wahrgenommen, als eine ein Stück weit gelebte radikale Utopie, die es auf gesamtgesellschaftlicher Basis zu verbreitern gilt. Insbesondere mit der JobberInnenbewegung werden anfangs große Hoffnungen verknüpft, da sie sich der kapitalistischen Leistungsmoral teilweise entzieht. Wegen ihrer Mobilität im Zusammenhang von prekärer Arbeit, nichtentlohnter Arbeit und Nichtarbeit, also im gesellschaftlichen Bereich der Massenarmut agierend, sah KHR in den JobberInnen eine Gruppe, die mit dem Mittel des 'Existenzlohns'[8] eine Homogenisierung der Klasse

einleiten und die Koordination von Widerstand leisten könnte.

1984 konstatiert KHR dann, daß die Basisbewegungen gegen die sozialpolitischen Angriffe von Seiten des Staates "jetzt mit dem Rücken an der Wand um ihr Überleben kämpfen".[9] Heute betrachtet er die meisten Einpunktbewegungen als gescheitert.

Mit den Theorieveränderungen seit Mitte der 70er Jahre findet eine Hierarchisierung der verschiedenen Kämpfe bei KHR/"Autonomie" nicht mehr statt. Kontrovers haben wir diskutiert, ob KHRs Verständnis von Widerstand als verelendungstheoretisch[10] zu bezeichnen ist, wobei wir uns mit ihm darin einig waren, daß aus sozialer Verelendung allein "keine wie auch immer gearteten Automatismen einer sich selbst in Gang bringenden sozialen Revolution"[11] entspringen. Die Bezugnahme auf die entrechtetsten und am wenigsten privilegierten Teile der Klasse ist aber der zentrale Imperativ sozialrevolutionärer Theorie und Praxis. In scharfer Abgrenzung zu jeder Form korporativistischer Vertretungspolitik wird daran festgehalten, daß die Klasseneinheit sich nur von unten, von den Interessen der am meisten Ausgebeuteten her verwirklichen läßt, wenn sie das Ziel der sozialen Revolution nicht aus den Augen verlieren will.

Organisation von Widerstand

Zentrale Bedeutung mißt KHR der Organisation von Widerstand bei. Nur eine Organisation und Koordination des immer wieder aufflammenden spontanen Widerstands können das System stürzen. "Es hat diese Radikalität immer gegeben. Es hat sie aber nie organisiert gegeben, und alle Versuche, sie zu organisieren, sind gescheitert."[12]

Grundlage für die Organisation von Widerstand ist der Aufbau informeller Strukturen, da diese den Formen des Aufbegehrens von unten entsprechen und ihnen von Seiten des Staates schlecht beizukommen ist. (Über die konkrete Form hat sich KHR aus naheliegenden Gründen nicht geäußert.[13]) Daneben wird der Aufbau alternativer Informationsstrukturen (autonome Zeitschriften, Radio, Nutzung des Kabelfernsehens für eigene Sendungen) als Instrument zur Verknüpfung der Teilbewegungen und zur Mobilisierung revolutionärer Gegenmacht angestrebt.

Seit Ende der 70er Jahre fordert KHR immer wieder die Durchführung einer 'Militanten Untersuchung'[14] ein. Sie soll in der Tradition der Arbeiteruntersuchungen die veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen der Klasse gesamtgesellschaftlich - also nicht nur auf der Fabrikebene - analysieren, um sozialrevolutionäres Bewußtsein zu fördern und Subjekte und Formen neuer Widerständigkeit zu ermitteln. Letzteres erscheint ihm in der jetzigen Zeit als dringlicher denn je. "Zusammengefaßt besteht die Aufgabe eines sozialrevolutionären Untersuchungsprojekts also darin, jene Ansatzpunkte herauszufinden, wo die Dynamik der objektiven (von Kapital und Staat durchgesetzten; Anm. d. Hrsg.) Klassenzusammensetzung durch Verstärkung ihrer - an sich immer vorhandenen - sozial subjektiven und antagonistischen Momente am ehesten gestoppt und in eine antagonistische Dynamik seitens der Klasse überführt werden könnte."[15] 'Politischen Avantgarden'[16] fällt dabei die Aufgabe zu, sich an diesen Ansatzpunkten einzuklinken, um "eine aus dem Ausbeutungsverhältnis selbst sich ergebende antagonistische Tendenz der Klasse zu beschleunigen"[17]. Die taktische Orientierung KHRs ist dabei auf "neuralgische Punkte des Systems" ausgerichtet, also auf Bereiche, die für das System wesentliche Bedeutung haben (z.B. Transportwesen)[18].

Aber zu Kampfzyklen, wie z.B. 1968-73, kommt es nur, wenn eine Vereinheitlichung der Klasse gegen die Aufspaltung von oben stattgefunden hat. "Die Homogenisierung der zerplitterten proletarischen Subkulturen von unten kann nur von Avantgarden in Angriff genommen werden, die sich der Durchleuchtung und dem vorbeugenden Repressionsapparat des informatisierten Spätkapitalismus entziehen."[19] Seit Ende der 70er Jahre sollte diese Homogenisierung u.a. erreicht werden durch die Forderung nach einem 'Existenzlohn'.

Mindestens bis Ende der 80er Jahre[20] wurden unter diesen Avantgarden 'militante Kerne' verstanden, denen schon in der fabrikistischen Phase eine außerordentliche Bedeutung zugemessen wurde und die, wenn es die Situation erfordert, vollständig im Untergrund arbeiten. An anderer Stelle werden die Untergrunderfahrungen bewaffneter Gruppen wie der RAF als Faustpfand der künftigen Massenrevolte bezeichnet.[21] Maßstab für das Handeln revolutionärer Minderheiten bleibt aber immer der Bezug auf die konkrete Realität der Klasse und deren Emanzipationsinteressen.

Anmerkungen

1 aus dem Interview mit KHR vom 19.5.1993 in Bremen
2 siehe Kapitel "Theorieentwicklung seit 77"
3 KHR: Die besetzten Häuser in der Hafenstraße/Bernhard-Nocht-Straße dürfen nicht geräumt und abgerissen werden. Beitrag auf einer Solidaritätsveranstaltung in der Volksküche am 21.11.83. Unveröffentlichtes Manuskript, HSG-Archiv
4 KHR: "Da hört der Marxismus auf und die soziale Revolution beginnt..."; in: ArbeiterInnenmacht gegen die Arbeit. Eine Autonomie-Anthologie; Hrsg.: Coup d' Etat, Freiburg i.B. 1988, S.84
5 KHR: Neuer Faschismus?; in: Ästhetik und Kommunikation, H.32, 1978, S.72f.
6 ArbeiterInnenmacht gegen die Arbeit, S.2 (Vorwort)
7 KHR: Neuer Faschismus ?; S.80/81
8 s. Block Theorieentwicklung nach '77
9 KHR: Öko-Nazismus? Zur historischen Kontinuität in einigen Stömungen 'alternativer' Sozialpolitik. Eine politische Fastenpredigt, gehalten auf dem 3. Gesundheitstag in Bremen am 4.10.1984, abgedruckt in der taz vom 15.4.85
10 Verelendungstheoretisch wird hier so verstanden, "daß entgegen dem Augenschein einer noch ständig zunehmenden 'ungeheuren Warenansammlung', in der 'der Reichtum kapitalistischer Gesellschaften' sich ausdrückt (vgl. Marx: Das Kapital, Berlin (DDR) 1968, S.49) die Lage eben der Produzenten dieses Reichtums sich im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung nicht verbessert, sondern verschlechtert." ; s. Kerber, Harald u. Schmieder, Arnold (Hrsg.): Handbuch Soziologie. Zur Theorie und Praxis sozialer Beziehungen, Reinbek 1984, S.640
11 KHR: Wilde Zeiten. Klassenherrschaft, Klassenzusammensetzung und Organisationsfrage in den neunziger Jahren. Referat gehalten auf dem Kongreß 'APO gegen Deutschland' in Hamburg am 1.12.1990; veröffentlichtes Manuskript, S.9; auch in: Der Trümmerhaufen als Aussichtsturm, Marburg 1991
12 KHR: Da hört der Marxismus auf ... ., S.90
13 Wir meinen, daß die Lektüre von "Bewaffneter Kampf und Massenlinie" (Beiträge der Gauche Prolétarienne zur Vorbereitung des bewaffneten Aufstands; München 1972) in diesem Zusammenhang nicht schaden kann.
14 siehe dazu auch den abgedruckten Text 'Militante Untersuchung'
15 KHR: Militante Untersuchung; unveröffentlichtes Manuskript 1983, S.8
16 dies sind die unten angeführten "militanten Kerne"
17 KHR: Militante Untersuchung, S.9
18 KHR: Wilde Zeiten
19 KHR: 10 Jahre später; in: Der blinde Fleck, S.146
20 Interview mit KHR im Film über die APO ('Projekt Arthur')
21 KHR:10 Jahre später

ALLEIN MACHEN SIE DICH EIN !

Die Situation für die 12 noch besetzten Häuser in F-hain wird zunehmend bedrohlicher.Der Innensenat berät über Sicherheitsprobleme nach Räumungen mit geladenen VertreterInnen aus F-hain und Lichtenberg,die BVV wäscht sich schon im Voraus die Weste rein und die WBV rückübereignet fleißig und wartet.Nachdem die Bullen im letzten Jahr schon durch Hausdurchsuchungen (Schreiner,Scharnweber) bewußte Provokationen und ständige Präsenz ausprobiert haben, wie weit sie gehen können und was ihnen entgegengesetzt wird,sind sie jetzt wohl bereit die Säuberungspläne der HauptstadtstrategInnen durchzusetzten.1o.ooo MieterInnen sind von Zwangsräumungen bedroht,Dienstleistungszentren wachsen wie Pilze aus dem Boden und kleine Geschäfte werden durch Supermärkte verdrängt.Wie die Innenstadt für die Präsentationsmetropole Berlin 2ooo aussehen soll sieht mensch in der Mainzer Strasse,daß sie dafür notfalls über Leichen gehen haben sie vor drei Jahren schon bewiesen.
Wieder fangen sie bei den BesetzerInnen an,da ihnen da die Leitimation für ihre lebensfeindliche Umstrukturierungspolitik mit der monatelangen Vorarbeit der Kriminalisierung durch die Medien am leichtesten fällt.Wir passen in dieses Hauptstadtbild genausowenig wie Flüchtlinge,Behinderte,... .
Dies ist nicht nur ein Angriff auf unsere Lebenszusammenhänge und die Menschen die hier schon immer wohnen,sondern auch auf alle Strukturen in Berlin,Großdeutschand und der Festung Europa.Der Hafen in Hamburg,die Wohlgroth in Zürich und mehrere Häuser in Amsterdam sind räumungsbedroht,-um nur einige wenige zu nennen.Wie es aussieht hat jetzt mit der Räumung der Waldeburg die Räumungswelle begonnen,die sich nicht nur gegen die Wagenburgen richtet.
Daß diese so problem-und fast widerstandslos verlief hat die Heckelmänner bestimmt ermutugt,doch das etwas geschehen muß ist wohl mitlerweile /hoffentlich) allen bewußt.Davon können die Aktionstage nur ein kleiner Teil sein. Die Legislaturperiode dauert noch 6 Monate und in dieser Zeit können wir noch einiges bewegen und und die Waldeburgräumung hat schon in einigen wenigen bürgerlichen Medien kritische bis Gegenstimmung hervorgerufen.Wenn wir unsere letzten Freiräume erhalten wollen,sollten wir uns jetzt verhalten.
Es geht nicht nur um unsere besetzten Häuser und Plätze,sondern auch viele 3-Jahresverträge im Osten und lo-Jahresverträge im Westen laufen nächstes Jahr aus.Jaja,die Zeichen stehen auf Sturm.Da ist es umso erschreckender wie sich die Solidarität mit Menschen die nicht der politischen Linie entsprechen verringert.Wo verläuft die Grenze die von den HERRschenden überschritten werden muß,um Solidarität und Verhalten unsererseits hervorzurufen?Durch breite Solidarität,einem gemeinsamen Ansatzpunkt mit Gruppen die nicht unbedingt zu unserem Spektrum gehören und der Vermittlung,daß Olympia nicht nur unser Problem ist,haben wir es geschafft wenigstens dieses Übel abzuwenden.Gerade das sollte uns davon abhalten uns jetzt selbstgefällig zurück zu lehnen und weiter im eigenen Saft zu schmoren.Es sollte endlich klar werden,daß keine Räumung von Häusern,Plätzen oder Wohnungen mehr hingenommen wird.Ob alt- oder neubesetzt,ob Punx oder Politnicks.Genauso geht es eben nicht nur um Bereiche die uns selbst direkt in unseren Lebens-und Wohnzusammenhängen betreffen.Es geht darum wieder Inhalte zu entwickeln um den sich immer mehr verschärfenden Unterdrückungsformen einen entschlossenen und vielfältigen Widerstand entgegenzusetzen.

ALLEIN MACHEN SIE DICH EIN
zu zweit lachen sie dich aus
wir sollten endlich wieder lernen unsere eigene Stärke zu spüren
KOMMT ALLE ZUM BUNTEN UND LAUTEN FAHRRAD UND WAGENUMZUG
23.1o.93 13.oo Rotes Rathaus ! WIR BLEIBEN ALLE!!!!!!!!

WAGENBURGINFO

Nachdem Wagenburgen monatelang in der Öffentlichkeit thematisiert und kriminalisiert wurden("Slums in bester Lage"),ist mit der Räumung der Wagenburg am Engelbecken eine neue Phase eingetreten.
Viele Leute aus Wagenburgen wurden aus ihrem schon zu lange andauernden Winterschlaf gerissen.
Nach dem ersten Schock,dem 9oo Bullen-Aufgebot zur Räumungund der eifrigen Unterstützung der Firma ALBA, folgte der zweite: Die 48 Stunden - Frist für dielesbisch-schwule Wagenburg am Leuschnerdamm Kinderbauernhof unter gleichzeitiger Räumungsandrohung der benachbarten,seit lo Jahren existierenden Wagenburge am Kinderbauernhof.
Die [illegible] -WB mußte in einer Nacht -und Nebel Aktion flüchten,ohne Perspektive auf einen gemeinsamen Ersatzplatz um ihre Abschiebung an den Stadtrand zu entgehen
Gerüchte,in denen von einer Räumungswelle sämtlicherWBś im Innenstadtbereich innerhalb der nächsten 6 Wochen die Rede war,verdichteten sich und die BVV Kreuzberg veröffentlichte einen Beschluß,der keine weitere Wagenburg mehr duldet und WB als eine besondere Form der Obdachlosigkeit und sozialen Deklassierung degradiert.

Auf verschiedenen Plätzen (Kinderbauernhof,Blocksburg,Kreuzdorf, Schwarzer Kanal) tauchten Bullen oder Amtsärsche auf,die die Wägen auf ihre Anzahl kontrollierten.
Die Fakten jetzt? Die 6 Wochen Frist hat sich so nicht bestätigt.
Sicher ist allerdings das Vorhaben die WB noch innerhalb dieser Legislaturperiode zu beseitigen,was sich jetzt auf die nächsten 6 Monate beziehen wird.Wie das mit dem BVV Beschluß Fhain einhergeht wird sich noch herausstellen.Angeblich soll dort über einen sofortogen Räumungsstop für Häuser und Wagenburgen,einen Ankündigungszeitraum von 6 Monaten und Verhandlungen über Ersatzprojekte positiv abgestimmt worden sein.In Mitte versuchen einige,das gleiche zu erreichen.
Das heißt immerhin noch ein bißchen Zeit,um von der Seite der Wagenburgen aus handeln zu können.Allerdings ist das Verhaltens - spektrum der verschiedenen Plätze breit gefächert.

- Für einige gilt die Einschätzung,gegen die laufende Umstrukturierung nichts machen zu können und am besten jetzt schon nach "vorteilhaften" Ersatzplätzen am Stadtrand Ausschau zu halten.
- Andere sehen keine Chance die eigenen Plätze halten zu können, wollen aber auf jeden Fall im Innenstadtbereich bleiben.
- Und dann gibt es noch diejenigen ,die um jeden Preis um den Erhalt des eigenen Platzes kämpfen wollen.

Das ist allerdings nur die erste grobe Übersicht.Jetzt anlaufende WB-Treffen werden noch deutlich machen,wie weit ein gemeinsamer Widerstand gegen die Senatspolitik gehen und aussehen kann/wird.

"Das Leben wagen Wir leben in Wagen der Umstrukturierung den Kampf ansagen !!"

Einige Gedanken zum Hungerstreik

Der nun seit 12 Tagen andauernde Hungerstreik einiger BewohnerInnen der Wagenburg am Engelbecken hat bei vielen Diskussionen ausgelöst.Dabei spielen 3 Punkte eine Rolle:

A) Schwierigkeiten gibt es mit der Wagenburg.Die ehemaligen BewohnerInnen passen wenig ins Bild politisch-bewußter und aktiver Link(-sradikal)en.Die Solidarisierungsschwierigkeiten zeigten sich auch an der geringen Anzahl derer,die zur Räumung gekommen sind.

B)Ein Teil derer,die sich nun im Hungerstreik befinden sind "sich bekennende Christen".Dabei fällt sofort die Institution Kirche ins Auge,die diese Leute konsequenter in ihrer Aktion unterstützt, als die autonome Szene.

C)Last but not least lehnen viele den Hungerstreik als Aktionsform ab.Stichworte dazu sind"Selbstzerstörung,inflationärer Gebrauch, und letztes Mittel."

An diesen 3 Kritikpunkten möchte ich Gegenargumente einbringen, die eine weiter Diskussion nötig machen.

A) Die Schwierigkeiten sich mit den BewohnerInnen zu solidarisieren sind einleuchtend,aber 1. ist diese Wagenburg /wie auch andere) nie eine homogene Gruppe gewesen,was bei 70 BewohnerInnen -zu Spitzenzeiten- auch nicht möglich ist,und 2. geht es bei dieser Räumung um weit mehr.Es ist eine klare Taktik,erstmal die zu räumen,bei denen am wenigsten Solidarität und Widerstand erwartet wird.
So wird das Widerstandspotential in Häppchen dezimiert.Der Testballon Waldemarstr. hat sich bewährt,-die Hemmschwelle für weitere Räumungen sinkt.Die Polarisierung von Innenstadt und Stadtrand hat ihren Anfang.

B) Mit Christen keine Zusammenarbeit?
Natürlich fällt eine Zusammenarbeit mit der Kirche schwer.Allerdings sollte hier nochmal differenziert werden.Diejenigen,die sich im Hungerstreik befinden sind in keiner Institution.
Diese Leute haben nie missioniert und wenden sich mit jeder Konsequenz gegen die HERRschende Politik der Umstrukturierung und des sozialen Abbaus,konsequenter,als es viele von uns tun.
(Parallelen zur Befreiungstheologie fallen auf)Es sollen hier keine Unterschiede negiert werden.
Allerdings findet in der autonomen Szene seit Jahren eine Diskussion über die Sackgassenpolitik statt,und es wird immer wieder eine Zusammenarbeit und Öffnung mit und für andere Gruppen eingefordert.Wenn es dann konkret wird treten häufig wieder die Kritikpunkte und Vorurteile in den Vordergrund.Durch diese Selbstdezimierung ist es schwierig noch in irgendeiner Form Druck erzeugen zu können.Gemeinsamkeiten sollten wahrgenommen werden.
Das heißt nicht-zusammen um jeden Preis- sondern die Unterschiede trotzdem dabei im Auge zu behalten.

C) Der Hungerstreik als Aktionsform an sich,ist für die meisten "Szenelinken" problematisch,solange er nicht von Leuten aus dem Knast angewendet wird.Viele sehen es als ein letztes Mittel,das sich ja erstmal gegen sich selbst richtet.Wenn nun von inflationärem Gebrauch dieses Mittels die Rede ist,sind vor allem die Hungerstreiks der letzten Zeit gemeint,wie zB. der Hungerstreik von Flüchtlingen gegen ihre Abschiebung oder der Hungerstreik der "Kali-Kumpel" gegen die Zerstörung ihrer Arbeitsplätze.

Inflationärer Gebrauch oder erschreckendes Zeichen?

Wird nicht zunehmend deutlich,wie schwach die Linke und wie repressiv die staatliche Politik inzwischen geworden sind?Kann frau/man denn noch Unterstützung erwarten,von Szenen,die seit Zusammenbruch der "Ost-Block-Staaten" und anderer "sozialistischer " Systeme lediglich in ein Heulen und Zähneklappern über die eigene Schwäche verfällt?
Auffällig,daß immer mehr Menschen zu diesem letzten Mittel greifen,weil sie für sich keine andere Chance mehr sehen irgendetwas zu erreichen.Auffällig ist auch bei diesen Leuten,daß es ihnen in ihrem Kampf nicht nur um sich selbst geht.Die Bergarbeiter zB. bezogen sich bewußt auf die Zerstörung der Gesamten Infrastruktur ihrer Regieon und solidarisierten sich offensiv mit allen,die auch von dieser Zerstörung bedroht waren/sind.

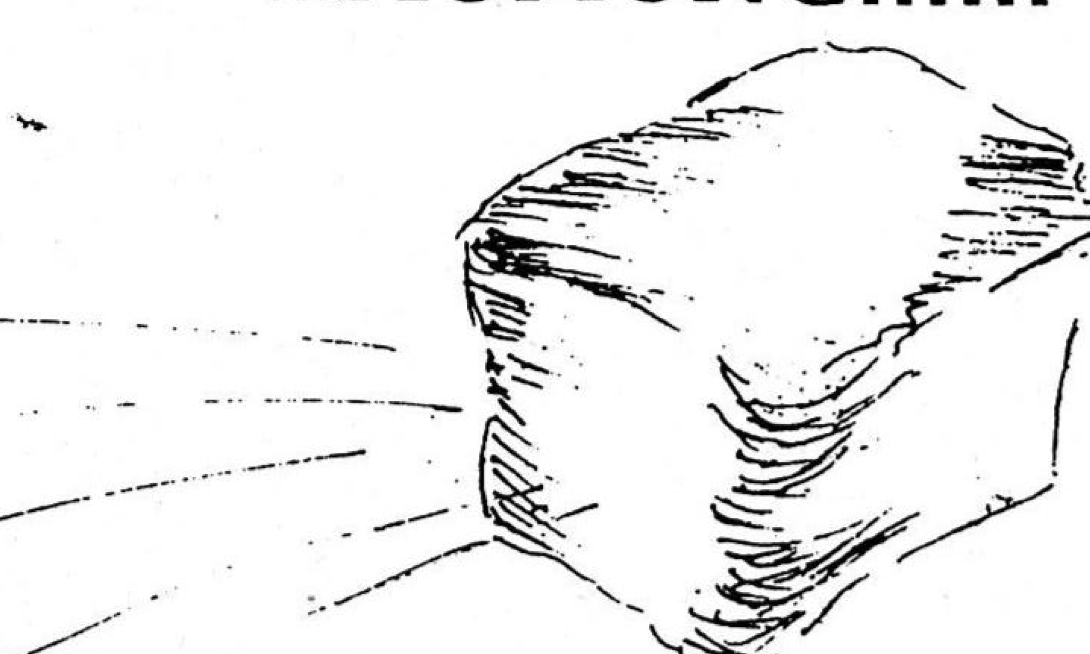
Das gleiche gilt für hier: Die Hungerstreikenden vom Engelbecken richten sich bewußt gegen Umstrukturierung und Ghettoisierung. Sie betonten von Anfang an,daß Verhandlungen über Ersatzplätze nur gemeinsam mit anderen Wagenburgen laufen würden.Erreichen tun sie vor allem Menschen,die dort vorbei gehen und die ihre Motive und Hintergründe kennenlernen.
Ob dieser Hungerstreik auch dazu in der Lage ist Druck zu erzeugen und irgendetwas zu erreichen muß sich noch herausstellen. Vielleicht - vielleicht aber auch nicht.
Aber - geht bei den Leuten vorbei und zeigt ihnen,daß sie nicht alleine sind.Es wird höchste Zeit.Wochenlang ohne Essen -bei Tag und Nacht draußen-ist ganz schön heftig und braucht zumindest viel**Wärme und kraft.** → Marx - Enels Forum,neben Palast d. Republik.



Eine Million Sachschaden pro Räumung

Nach den neuesten Informationen planen Innensenat und Bullen demnächst die Räumung von besetzten Häusern vor allem in Friedrichshain. Nach drei Jahren Tiefschlaf geht es nun wieder ans Eingemachte. Allein in Friedrichshain sind immer noch 12 (in Worten ZWÖLF !!) Häuser ohne Verträge.
Jahrelange Verhandlungen, dutzende Projekte und friedliches Zusammenwohnen haben den Senat nicht beeindruckt. Wenn wir uns nicht schon bei den ersten Räumungen wehren, wird die große Abräume folgen. Die Mainzer Strasse hat gezeigt, daß nur militanter Widerstand den politischen Preis hoch genug treibt, um dem Senat Einhalt zu gebieten. Es ist klar geworden, daß eine militärische Verteidigung der einzelnen Häuser nicht unbegrenzt möglich ist. Deswegen müssen wir eine Räumung so teuer wie möglich gestalten.

RÄUMUNG......



DER UNTAT FOLGT DIE STRAFE AUF DEM FUSSE !!!

Dezentrale Aktionen mit möglichst hohem Sachschaden : Barrikaden, Glasbruch an teuren Geschäften, Lagerfeuer, Demos, Straßenblockaden, Buttersäure in Verwaltungsgebäude, Schlösser verkleben, Telefonterror im Rathaus, Besuch bei den Wohnungsbaugesellschaften und Spekulanten....
TRAGEN WIR DEN KRIEG IN IHRE KIEZE
Scherbendemos auf Kudamm, Wilmersdorfer.....

Und natürlich bei Räumung am Abend **DEMO** 18.00 UHR FRANKFURTER TOR
Für Prenzlberg 18.00 Kollwitzplatz, für West Berlin 18.00 O-Platz

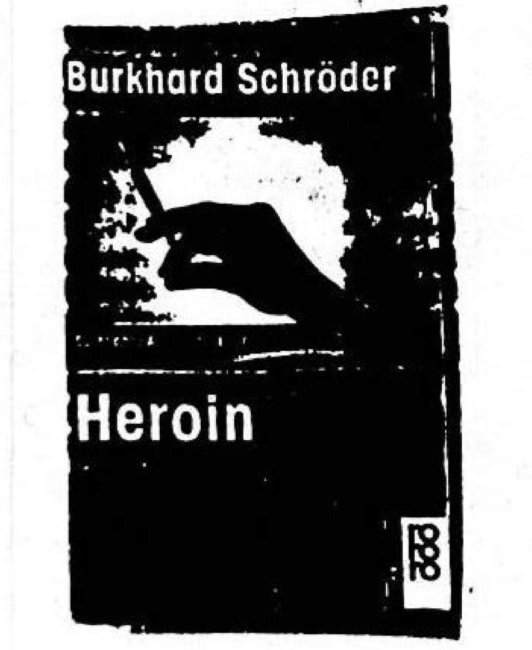
SCHLAFMÜTZEN ZU HASSKAPPEN

Eine Million Sachschaden pro Räumung



Der Autor

Burkhard Schröder, 1952 in Holzwickede/Ruhrgebiet geboren, studierte in Münster und Berlin Germanistik, Geschichte und Philosophie. Ab 1979 reiste er zwei Jahre durch Lateinamerika. Nach kurzem pädagogischen Zwischenspiel an einem humanistischen Gymnasium arbeitete er als Taxi-Unternehmer. Zwischen 1984 und 1986 war er Herausgeber der Männerzeitung «HerrMann». Heute lebt er als freier Journalist in Berlin-Kreuzberg. Diverse Veröffentlichungen, u. a. «Unter Männern» (rororo mann 8236), «Ab-Schnitte» (rororo mann 8250), «Spuren der Macht» (rororo mann 8264).



Outing des linken Autors Burkhard Schröder

Burkhard Schröder ist bekannt dafür, daß er sich mit Männern und ihren Strukturen auseinandergesetzt hat. Wer ihn und seine Veröffentlichungen kennt, scheint es mit einem "neuen Mann" zu tun zu haben, der nicht nur was kapiert hat, sondern auch noch flüssig zu Papier bringt. So schreibt er z.B. von Männern, die nur bei einer Frau sexuelle Lust empfinden können, die sie als unter sich stehend begreifen. (Dabei läßt er allerdings unerwähnt, daß es ihm vielleicht genauso geht.)

Er recherchiert und veröffentlicht über "Rechte Kerle" und wird hierzu vor Kurzem erst zu einer Veranstaltung ins AntiFa-Cafe-Wedding geladen.

Zuletzt hat er sich mit Heroinabhängigkeit unter den hier herrschenden Bedingungen beschäftigt und dazu ein inhaltlich spannendes und gutes Buch geschrieben. Wie immer bei seinen Recherchen begibt er sich selbst mitten hinein in die Szene. Er arbeitete bis vor Kurzem bei einem akzeptierenden Drogenhilfeprojekt als Ehrenamtler mit. Sehr gut und sehr engagiert.

Er hilft einigen FRauen durch sein persönliches Engagement. Läßt sie z.B. bei sich zu Hause entziehen und bietet sich als Schlafplatz an. Auf der Szene ist bekannt, daß er Freier ist und wohl auch sonst "irgendwie `n Hang zu Junkiefrauen hat".

Es soll hier nicht breitgetreten werden, was ihm konkret von Frauen vorgeworfen wird. Er hat das in ihn gesetzte Vertrauen mißbraucht und die oft sehr hilflose Lage der Frauen für seine sexuellen Interessen ausgenutzt. Nach herrschenden Gesetzen ist ihm keine Straftat vorzuwerfen. Das kann und darf aber nicht der Maßstab sein, an dem er sich messen lassen muß.

Er soll in Zukunft nicht mehr unhinterfragt gelesen werden und er soll in Zukunft nicht mehr unhinterfragt zu Veranstaltungen in linken Zusammenhängen eingeladen werden.

Auch wenn er bei der Öffentlichmachung mit rechtlichen Schritten droht, soll er nicht länger unbehelligt als linker, männerbewegter Mann schreiben und leben dürfen.

Kampf den sexistischen Männermachtstrukturen auf allen Ebenen und in allen Bereichen!!!

Neue Repressionswelle in Kroatien!!!

In Kroatien gibt es eine anti-nationalistische, linke Opposition, ebenso wie in allen anderen Regionen Ex-Jugoslawiens.
Diese Menschen müssen sich ständig gegen ihre nationalistischen und kriegstreiberischen Regimes von Milosević, Tudjman bis hin zu Itzebegović durchsetzen. Und das unter den Bedingungen von Krieg, gleichgeschalteten Medien, Bedrohung durch bewaffnete Nationalisten und ständigem Ausnahmezustand. Wo Nationalismus oft zur Überlebensfrage wird.



Wir finden es wichtig diese Opposition zu unterstützen. Es ist nicht die Frage, welche Nationalisten im Recht sind (Serben, Kroaten, Muslims), sondern nach wie vor eine Frage von oben und unten.
In diesem Papier wollen wir kurz über die aktuelle Repression gegen Dalmatinska akcinja (Dalmatinische Aktion) informieren. (Weitere Informationen über die Situation und Widerstand in Kroatien werden wir in der nächsten Ausgabe veröffentlichen).
Es gibt in Kroatien verschiedene, bewußt auf einzelne Regionen begrenzte, linksorientierte Organisationen, die sich anti-nationalistisch, anti-faschistisch definieren und gegen Zentralismus und die HDZ (Tudjman-Partei) sind.

Zwei der größten sind die IDS (Istrianische Demokratische Versammlung)- stärkste Partei bei den Wahlen in Istrien, und die Dalmatinska akcinja, die in den letzten Monaten zur zweitstärksten "Partei" in Dalmatien geworden ist. Und das trotz der Tatsache, daß ihre Mitgliedschaft sehr jung (unter 30 Jahre) ist und viele in die Armee mobilisiert worden sind.

Am 28.9.93 wurde die Zentrale der D.A. in Split in die Luft gesprengt. Daraufhin verhaftete die Polizei einen technischen Mitarbeiter von D.A. und mißhandelte ihn.
Am 5.10.93 wurden sieben Mitglieder der engsten Führung von D.A. verhaftet. Mit der Begründung sie seien die Drahtzieher des Sprengstoffanschlages auf ihre eigene Zentrale. Die Verhafteten waren daraufhin für mehrere Tage "verschwunden". Am 10.10.93 wurden der Mann der Vorsitzenden der D.A. und ein Restaurantbesitzer festgenommen. Alle Gefangenen befinden sich jetzt im Militärgefängnis Bilice in Split. Die Gefangenen werden täglich von Rollkommandos der Polizei zusammengeschlagen. Besuch und Anwalt ist nur 10min. wöchentlich unter Bullenbewachung möglich. Die u-Haft dauert normalerweise etwa 6 Monate.
Es ist in der gegenwärtigen Situation zu befürchten, daß die Repression noch ausgeweitet wird.
In einer Situation, wo sich die Polarisierung zwischen der Oligarchie um Tudjman (Kriegsprofiteure, Spekulanten, ...), die immer fetter werden, und der immer weitergehenden Verschlechterung der sozialen Situation der Mehrheit der Bevölkerung weiter zuspitzt.
Es gibt Versuche Streiks zu organisieren, die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen regionalistischen Organisationen zu erreichen, Widerstand von Frauen und einen Aufruf von Intelektuellen zu einem Bündnis der Opposition.
Insgesamt ist die Opposition noch relativ schwach- wir denken es geht der Regierung bei der Repression gegen Dalmatinska akcinja jetzt darum, der ganzen Opposition Grenzen zu setzen, in ihren aktuellen Versuchen stärker zu werden.

SOLIDARITÄT MIT DALMATINSKA AKCINJA!!!

SOFORTIGE FREILASSUNG DER INHAFTIERTEN!!!

Vorwort

Die Herausgabe des vorliegenden Materialienbands hat uns weitaus mehr Schwierigkeiten bereitet, als wir uns zuvor gedacht hatten. Und nicht nur das verspätete Erscheinen belegt diesen Umstand.

Auf Grundlage eines umfassenden, fast 200 Seiten starken Dossiers zu den aktuellen Ereignissen in Jugoslawien, das eine chronologische Zusammenstellung und thematische Auswertung deutschsprachiger Zeitschriften und Tageszeitungsartikel enthielt, haben wir in kurzer Zeit die Kernthemen des Dossiers (Ökonomie des Krieges, Ethnisierung der sozialen Frage etc.), die letztlich auch die Gliederung des vorliegenden Materialienbandes mitbestimmt haben, systematisierend bearbeitet. So ist ein vielgliedriges und vielstimmiges Buch entstanden, das ganz unterschiedliche Artikel vereint, die spezifische Facetten und Zusammenhänge des jugoslawischen Kriegs und seiner Entstehungsgeschichte untersucht. Der vorliegende Band bietet von daher keinen monolithischen Erklärungsansatz, sondern trägt Arbeiten zusammen, die manchmal sowohl voneinander abweichende Interpretationen oder Gewichtungen, als auch Spannungen in den Analysen selbst enthalten. Aber eine weitere Bearbeitung auf eine kohärente Darstellung hin hätte einen erneuten Diskussionsprozeß erfordert und die Herausgabe noch weiter verzögert. Die Reihenfolge der Beiträge entspricht daher auch weniger einer inhaltlichen Strukturierung als vielmehr einer chronologischen, und so ist jeder Beitrag zunächst einmal auch für sich zu lesen. So sind wir zu der Überzeugung gelangt, daß die aufgestellten vorläufigen Thesen und analythischen Zugänge zum Verstehen des Krieges in Jugoslawien beitragen können und haben uns zur Veröffentlichung des Materials entschlossen. Angesichts der Tatsache, daß aus der linksradikalen Bewegung - von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen - der jugoslawische Krieg als Medium der Neuordnung Südosteuropas hartnäckig ignoriert und die Bedeutung für den metropolitanen Sozialprozeß kaum diskutiert wird, hoffen wir, einen Anstoß dazu zu geben.

Zum Inhalt:

Die ersichtliche Systematik der kriegerischen Zerstörungen, der Vertreibungen und Vernichtung der Zivilbevölkerung im jugoslawischen Krieg versperrt, ja verbietet jeglichen Zugang zu der vielschichtigen Konfliktualität, der die Deutungen und Annahmen eines »irrationalen Nationalitätenkonflikts«, eines »Rückfalls in die Barbarei« leichtfertig übernimmt und gedankenlos wiederholt.

Vielmehr wäre die scheinbare Irrationalität und Unlogik des Krieges in Jugoslawien, wie sie von den Medien transportiert werden, zu durchdringen und der materielle und soziale Gehalt des Konflikts freizulegen und darzustellen.

Sicherlich, die erschreckende und abstoßende Brutalität, mit der dieser Krieg geführt wird, und die subjektiven Motivationen, der Logik des Vernichtungskriegs und des Pogroms zu folgen und ehemalige Nachbarschaften auszuloschen, gehen nicht in den sozial- und bevölkerungspolitischen, den wirtschaftlichen und territorialexpansiven Strategien und Projekten der den Krieg antreibenden nationalen Eliten aller jugoslawischer Teilrepubliken auf. Aber nur sie können wir rational zu begreifen versuchen; ebenso wie die historischen Bedingungen, aus denen heraus sie entworfen werden. Nachgegangen wird daher der Frage, wie im jugoslawischen Entwicklungsmodell die in Protesten, Streiks und Unruhen aufbrechenden sozialen Ansprüche und Forderungen Ende der 80er Jahre in ethnische und nationale Fragen und Deutungen eingefangen werden konnten. Wie werden in der Krise ethnische Identitäten produziert? Wie vielschichtige soziale Konfliktualitäten in nationalistische Prozesse transformiert? Und weiter, wie wird die soziale Blockade der jugoslawischen Industrieentwicklung in einem noch subsistenzwirtschaftlichen Umfeld nach dem Ende der Kalten-Kriegs-Ordnung aufgebrochen? Denn darin bestand zwischen den kommunistischen jugoslawischen Eliten und dem internationalen Finanzkapital Übereinstimmung, daß die blockierte Akkumulation der jugoslawischen Ökonomie in einer gewaltsamen Unterwerfung des Sozialprozesses reorganisiert und strukturiert werden mußte. Der innerjugoslawische Krieg wird zum Medium, in dem die politischen und sozialen Transformationen ablaufen und die sozialen und strukturellen Blockierungen der Akkumulation zertrümmert werden; er ist Durchsetzungsform für den Anpassungsprozeß an die transnationale Akkumulation. Die »Ökonomie des Krieges«: verstanden als die gewaltsame Reorganisation und Modernisierung der Ausbeutungs- und Verwertungsbedingungen im jugoslawischen Raum, unter der Repatriarchalisierung des sozialen Kommandos. Daß soziale Radikalisierungen im Umbruchsprozeß in ethnisch-nationale Bewegungen überführt, populäre Deutungen und soziale Praxen von unten mit nationalistischen Inszenierungen von oben verknüpft werden, ist kein spezifisch jugoslawisches Phänomen, es ist transnational, wie ein Blick auf die sozialen Bewegungen und Krisenakteure weltweit im Umbruch der Weltwirtschaft beweißt. Der Jugoslawienkonflikt stellt insofern nur ein Paradigma der Sozialtechnik der Ethnisierung und der Transformation im Krieg dar.

Wir mußten viele Fragen offen halten aus Unkenntnis der Fakten, auf bestimmte Fragen sind wir bewußt nicht eingegangen. So wird aus den Beiträgen ersichtlich, daß der medial inszenierte Betroffenheitsdiskurs um das »Für und Wider« einer militärischen Intervention, die dem Vernichtungskrieg in Bosnien beendet, nicht nur das erklärte Ziel verfehlen müßte, sondern ganz offensichtlich einer militärischen Neuordnung Ost- und Südosteuropas im humanitären Gewand einer Weltinnenpolitik den Weg bereitet, wie sie in den »Verteidigungspolitischen Richtlinien« der Bundeswehr vom November 1992 ihren Ausdruck gefunden haben.

Ansatzpunkt für die metropolitane Linke müßte neben der Entwicklung einer antikapitalistischen Handlungsperspektive gegen die Neustrukturierung des europäischen Großraums die Bezugnahme auf die sozialen Subjekte sein, die in diesem Konfrontationsprozeß um ihr physisches und soziales Lebensrecht kämpfen - und das sind hier, in der Metropole, vor allen die Flüchtlinge.



Inhaltsverzeichnis

Verlag der Buchläden
Schwarze Risse, Berlin ★ Rote Straße, Göttingen

ISBN 3-924737-18-5

Satz: Umbruch, Berlin
Druck: Aktivdruck, Göttingen

Bestellungen an:

Schwarze Risse, Verlag und Buchladen
Gneisenaustraße 2a
Kreuzberg
10961 Berlin
Tel./Fax 030/6928779

Auslieferung Schweiz: Pinkus Genossenschaft, Zürich

aus: Tatblatt,13.10.93

AFRIKA/ASIEN/LATEINAMERIKA

Pflastersteine wurden aus den Straßen gerissen und zu Barrikaden aufgeschichtet, nur DiplomatInnen, Ambulanzwagen und JournalistInnen durften die Verkehrsknotenpunkte passieren. Tausende Menschen mußten zu Fuß, per Fahrrad oder Pferdekarren in die Arbeit, die meisten blieben aber lieber gleich zu Hause. Büros, Behörden und Servicestellen blieben weitgehend unbesetzt, Banken und Postämter geschlossen. Die Nationalversammlung tagte nicht, und auch Präsidentin Chamorra blieb vorsichtshalber zu Hause...

Nationaler Transportstreik in Nicaragua

Lateinamerika Anders 2/93; stark gekürzt und bearbeitet

Die Transportgenossenschaften und Standesvertretungen aller politischen Ausrichtungen hatten am 20. September 1993 einen unbefristeten Transportstreik ausgerufen, um die Regierung zur Zurücknahme einer Belastungswelle für AutofahrerInnen zu zwingen, die sich für Taxi- oder Busunternehmen und Kleintransporteurinnen, die ein prekäres Auskommen finden, existenzbedrohend ausgewirkt hätte.

Auslösend war die unerwartete Einführung einer Autobesitzsteuer, die für neue Fahrzeuge fast 500 Dollar ausmacht. Dazu kommt die in diesem Monat fällige jährliche Straßenbenutzungssteuer (40 bis 80 Dollar), die Gebühr für neue Nummernschilder, auf denen das sandinistische "Freies Nicaragua" durch "Nicaragua" ersetzt wird (50 Dollar) und die zweimalige Anhebung der Treibstoffpreise.

Der Streik wurde von verschiedensten Gruppen unterstützt: Gewerkschaften erklärten sich solidarisch, Marktfrauen spendeten Beifall und die größtenteils arbeitslosen BewohnerInnen der Armenviertel halfen beim Barrikadenbau oder streuten Nägel auf die Straße. Ex-Präsident Ortega rief zu Straßenprotesten auf, die in einen Generalstreik münden sollten.

Die am 21. September kurz vor Mitternacht dekretierte Suspendierung der Autosteuer konnte den Streik nicht beenden. Am zweiten Streiktag konzentrierten sich die Auseinandersetzungen zwischen DemonstrantInnen und Polizei auf die Straße von Managua zum Flughafen, wo die Streikenden mit Barrikaden Präsidentin Chamorra abfangen wollten, die von einem Wirtschaftsgipfel in Guatemala zurückkehrte. Innenminister Mendita hatte Befehl gegeben, die DemonstrantInnen um jeden Preis zu vertreiben, und die Durchfahrt zu garantieren.

Als die Polizisten, die anfangs nur mit Tränengas und Schreckschüssen gegen die ManifestantInnen vorgingen, mit Steinen und scharfer Munition empfangen wurden, schossen auch sie scharf. Ein Polizeikommandant und eine vom Flughafen zu Fuß in die Stadt unterwegs gewesene Frau wurden dabei tödlich getroffen, mehrere Personen erlitten Schußverletzungen.

Die Polizei mußte sich schließlich zurückziehen und Präsidentin Chamorra wurde im Hubschrauber nach Hause gebracht.

Während Ex-Präsident Ortega "das mörderische Regime" für das Blutvergießen verantwortlich machte und den Dialog zwischen den Streikenden und der Regierung forderte, wies die Nationale Transportkommission ein Separatabkommen der Regierung mit zwei Transportföderationen zurück.

Mittlerweile sind in Managua und anderen Städten die Lebensmittel knapp geworden, die Abfälle häufen sich auf den Straßen. Immer mehr Viertel sind durch Barrikadenbau in kleine Bollwerke verwandelt worden (Stand 21. Sep.)

Nach dreieinhalb Jahren Seiltanz zwischen den Interessen der in der UNO-Allianz zusammengeschlossenen konservativen Parteien und den mit erheblicher Macht ausgestatteten SandinistInnen, eingeengt durch Auflagen der Weltbank und politische Erpressung seitens der USA, destabilisiert durch die bewaffneten Aktionen einer ständig zunehmenden Zahl von RebellInnengruppen und moralisch angeschlagen durch eine Serie von Korruptionsskandalen, ist die Regierung Chamorra mit ihrem Latein und ihren Finanzen am Ende.

Wo es geht, versucht sie, den StaatsbürgerInnen Geld herauszupressen. Für ein verzweifeltes Volk, das keinen Ausweg aus der Krise sieht, bietet der Streik ein Ventil, könnte aber leicht in einen landesweiten Aufstand ausarten.

---

2. PRESSEERKLÄRUNG

Radio Harte Zeiten
Eschbergerweg 65
im Offenen Kanal

Saarbrücken, den 3.10.93

Heute Nachmittag um 15.oo Uhr haben wir uns erneut versammelt um gegen die Jubelfeiern am 3.10. , anläßlich des Tages der "Deutschen Einheit" zu demonstrieren. Zu dieser Zeit war Kinkel Außenminister in dem Bereich St. Johanner Markt, um dort eine Propagandaveranstaltung durchzuführen und ein "Bad in der Menge" zu nehmen.
Wir hatten uns am St. Johanner Markt versammelt mit Transparenten und lautstark Parolen gerufen. Insbesondere gegen Rassismus, gegen die Kriminalisierung von AntifaschistInnen, gegen den Bundeswehreinsatz in Somalia und für die Freiheit der politischen Gefangenen.

Kinkel ehemaliger Justizminister stehr für die KGT Initiative, in der die Entlassung einiger politischer Gefangenen in Aussicht gestellt wurde. Diese Initiative der KGT war ein propagandistischer Schachzug der Aufstandsbekämpfungsapparate, um den Widerstand ruhigzustellen und die Initiativen um die Frage der politischen Gefangenen und die legitime Forderung nach Zusammenlegung in grosse Gruppen bis zur Freiheit aller politischen Gefangenen in die Hand zu bekommen.
Die poltischen Gefangenen sind nach wie vor in Isolationshaft, in Stammheim laufen neue Prozesse gegen einige politische Gefangene aus der RAF und die gesamt Propaganda um diese sogenannte Kingelinitiative ist wie eine Seifenblase zerplatzt.
Wir fordern die sofortige Zusammenlegung der politischen Gefangenen in selbstbestimmte Gruppen und die Freilassung der haftunfähigen Gefangenen .
Perspektivisch geht es darum die Freiheit aller politischen Gefangenen zu erkämpfen.

Mit diesen Inhalten sind wir am Nachmittag in die Stadt und wurden vor dem Zelt des Auswärtigen Amtes massiv abgedrängt. Dorthin kam Kinkel zur gleichen Zeit als wir da warenund deshalb wollten sie uns dort weghaben. Es kam von seiten der Polizei dabei sofort zu Knüppeleinsätzen. Wir wurden in die Türkenstrasse abgedrängt und dort eingekesselt. In der Türkenstrasse wurden wir weiter abgedrängt um später erneut eingekesselt zu werden. Aus dem Kessel wurden 44 Menschen festgenommen, zur gleichen Zeit wurden am St. Johanner Markt von der Polizei Schriften an die Bevölkerung verteilt indem zu "Demokratie und Toleranz" aufgefordert wurde.
Die Festgenommenen wurden in die Mainzer Strasse Polizeipräsidium gebracht, dort fotographiert und in Container weggesperrt.
Wir fordern die sofortige Freilassung aller Festgenommenen!
Wir fordern die Presse und andere demokratische Menschen dazu auf, gegen den Kessel, die Festnahmen und den Polizeiterror zu protstieren!

Wir fordern die Einstellung aller Ermittlungsverfahren!

Nachtrag: Von den 44 Festgenommenen, ist der letzte um 12.30h in der Nacht vom Sonntag auf Montag entlassen worden.

Unter dem Motto " Für uns Krieg und Elend für euch mehr Profit "Neue Weltordnung" da feiern wir nicht mit", haben wir in Saarbrücken am 2.10.93 eine Demonstration gegen die staatlichen Jubelfeiern durchgeführt.
Ziel der Demonstration war es Protest und Widerstand gegen die Großmacht Deutschland und die reaktionäre Entwicklung in diesem Land auf die Strassse zu tragen. Für uns und viele andere Menschen in den neuen und alten Bundesländern sind die gesellschaftlichen Realitäten hier und weltweit kein Grund zum feiern. Vielmehr sehen wir die Notwendigkeit gegen diese menschenverachtenden Verhältnisse aufzustehen und Widerstand zu leisten.
Am 3.10. dem 3. Jahrestag der " Deutschen Einheit" sind die Herrschenden und die Profiteure dieses Systems in Saarbrücken versammelt, hier finden dieses Jahr die zentralen Feierlichkeiten statt.
Dies ist der Grund, warum die ganze Stadt polizeitlich belagert ist.
Jeder Widerstand und Protest soll polizeilich niedergehalten und bereits im Ansatz erstickt werden. Die Menschen sollen davor abgeschreckt werden ihre legitimen Interessen auf die Strasse zu tragen.
In der Stadt sind überall Kontrollstellen von Polizeikräften eingerichtet. Die Menschen aus der linken Opposition werden auf Schritt und Tritt überwacht und kontrolliert. Vor unseren Treffpunkten, wie z.B. Info - Büro und Autonomes Zentrum stehen den ganzen Tag mehrere Mannschaftswägen der Polizei und zivile Polizisten. Menschen die ins Info-Büro kommen oder rausgehen werden kontrolliert.

Trotzdem ist es gelungen vor die Kongreßhalle zu kommen, wo um 11.30 Uhr der Festakt mit Kohl, Weizsäcker und Konsorten stattfand. An den Absperrgittern wurde ein Transparent entrollt mit der Aufschrift "Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern sondern zwischen oben und unten." Es wurde Krach gemacht und Parolen gerufen, einige Farbbeutel sind auf die Autos der Bonzen geflogen. Im Anschluß daran gab es eine Spontandemonstration durch die Bahnhofstrasse und über den St. Johanner Markt.
Anschließend wurden die Leute von der Polizei durchsucht. Eine Person wurde festgenommen und befindet sich in Polizeihaft.







Zur Demonstration am 9.Oktober in Lübeck für die Freilassung von Irmgard Möller kamen etwa 1000 Menschen. Diese Demo war sicher nur der Anfang einer Mobilisierung, die in den nächsten Wochen noch viel Kraft erfordern wird. Der letzte Stand zu Irmgards Freilassung sieht folgender Maßen aus:
Der Lübecker senat, der etwa Anfang November mit Irmgard eine Anhörung machen wollte, ist vollständig ausgetauscht worden. Der letzte Woche neueingesetzte Senat verlangt von Irmagrd ein psychatrisches Gutachten. Also, alles wie gehabt.
Mit der Forderung nach einem psychatrischen Gutachten war die Anhörung der Gefangenen Lutz Taufer, Karl-Heinz Dellwo und Hannah Krabbe ebenfalls ins Wasser gefallen. Warum sollten Gefangene nach 15, 18 und 21 Jahren Totalüberwachung einer solchen Prozedur zustimmen. Demnächst mehr dazu!

Beitrag auf der Demonstration in Lübeck für die Freilassung von Irmgard Möller am 9.10.1993

Hanne Witkofski Hamburg

Wir sind heute hier, weil wir wollen, daß Irmgard Möller noch in diesem Jahr aus dem Knast kommt. Die Forderung nach Freilassung gilt auch für die anderen politischen Gefangenen, gleichgültig wie hoch die verhängten Strafen sind oder wie lange die Haftdauer bereits ist.
Auf unterschiedliche Weise haben sie alle gegen die personelle und strukturelle Kontinuität des Nationalsozialismus und für eine würdige Zukunft für alle Menschen gekämpft. Sie haben dabei auch zu Waffen gegriffen. Ich bin sicher, daß die meisten hier Anwesenden, am Biertisch und anderswo, davon geträumt haben.
Die Wege des Widerstands dind vielfältig. Was richtig oder falsch war, ist in unserem Kampf um ihre Freilassung bedeutungslos. Hier und heute ist es betsimmt nicht der richtige Ort, um Strategie und Taktik zu diskutieren. es gibt jedoch keinen falschen Ort und keine falsche Gelegenheit, um Solidarität mit Menschen zu praktizieren, die immer noch entschieden gesellschaftliche Veränderungen durchsetzen wollen.
Die Um- und Durchsetzung würdiger gesellschaftlicher Verhältnisse für alle, hat viele Ausgangspunkte. Einiges muß schon vor dem Erringen der politischen und ökonomischen Macht realisiert werden, wenn man/frau es wirklich ernst meint mit der Revolution, der Auflösung der Metropolen oder wie die Utopien auch sonst zu bestimmen sind.
Ein Beispiel wie es nicht geht ist:
Auf der Demo zu Wolfgang Grams in Wiesbaden wurde einem schwer gehbehinderten Mann, als er nicht mehr laufen konnte, von der Crew verweigert, sich in die beiden Lautsprecherwagen zu setzen. Stattdessen wurde ihm geraten, er solle sich doch ein Taxi nehmen oder sich an die Bullen wenden.
Widerstand zu leisten ist sicher keine Frage der körperlichen Kraft oder Funktionsfähigkeit. Die Grundlagen von Widerstand sind die Aufdeckung der herrschenden Strukturen und ihrer Funktionsweisen auf allen Ebenen, und sich nicht an diesen zu beteiligen. Dies ist auch das Widerstandsmuster, nach dem Irmgard und die anderen Gefangenen handeln, unabhängig von ihrere allgemeinen Verfassung.
Wer dies nicht erkennt, erklärt Widerstand zur körperlichen Kraftprobe und Arnold Schwarzenegger zur Leitfigur.

Bei diesem verinnerlichten Menschenbild ist es dann auch nicht mehr verwunderlich, wenn faschistische Vorstellungen nur dann als solche erkannt werden, wenn das entsprechende outfit - Fahnen, Frisur, Klamotten oder Mordanschläge - keine andere Deutung zulassen.
Wie sieht es aber aus, wenn z.B. Peter Singer, von vielen anerkanntester internationaler sogenannter Wissenschaftler, Kriterien für die Tötung behinderter und alter menschen aufstellt. Er bezeichnet die so selektierten als "human vegetable", als menschliches Gemüse.
Diese als Präferenz-Utilitarismus bezeichnete Philosophie will per akademischen Diskurs das Tötungstabu aufheben und das Lebensrecht von Menschen zur Disposition stellen.
Oder wenn der Leipziger Professor Christoph Türcke einen Diskurs darüber führen will, daß es korrekt sei, den Begriff 'Rasse' auf menschen anzuwenden, und daß die "Natur ihre Huld ungleichmäßig über den Erdball - und somit über die Menschen mit schwarzer, gelber oder weißer Hautfarbe - verteilt hat."
Dann ist sich kaum jemand zu schade, zugunsten der eigenen Profilierung mitzumischen.
Nicht die Einordnung in den gesellschaftlichen Kontext, die Zielsetzung und Folgen dieser Diskurse bestimmen die Auseinandersetzung, sondern selbstdarstellerische Mängelrügen der vermeintlichen KritikerInnen. Kritik, die sich innerhalb der Logik dieser Diskurse bewegt, legitimiert mehr oder minder die rassistische , sexistische und eugenische Weltsicht.
Die Diskursverweigerer werden als unwissenschaftlich, undemokratisch und unrealistisch diffamiert. das ist nichts anderes, als die Utopie eines würdigen Lebens in Freiheit für alle Menschen aufzugeben.
Konkret bedeutet das zum Beisoiel Folgendes:
Obwohl sich die bevölkerungspolitischen Aufgaben humangenetischer Beratungsstellen und der Pränataldiagnostik seit ihrem Bestehen nicht verändert haben, wird die frühere Forderung nach ihrer Abschaffung inzwischen ersetzt durch das Ansinnen, daß die Selektionsberatung von KrüpplerInnen selbst durchgeführt werden soll. Diese als human und fortschrittlich bezeichnete Herangehensweise ist in Wirklichkeit infam, denn sie macht nichts anderes, als die KrüpplerInnen ihre eigene Ausrottung betreiben zu lassen.
Das ist wahrlich die perfekte Lösung, um sich selbst in keinster Weise die Finger schmutzig machen zu müssen. Vergleichbare Modelle gibt es auch für andere bevölkerungspolitische Projekte in den Trikontländern.
Es stellt sich die Frage, was diese Einstellung in bezug auf die politischen Gefangenen bedeutet. denn alle werden auf die eine oder andere Art für ihr ganzes Leben mit den Folgen der isolationshaft zu tun haben.
Bei dem derzeitigen Stand der Auseinadersetzung mit dieser Tatsache, werden Irmgard und alle anderen politischen Gefangenen in folgender Weise ausgegrenzt:
einerseits durch das Nichtbenennen der tatsächlichen körperlichen und psychischen Situation soll die eigene Illusion vom unerschütterlichen heldentum der KämpferInnen - die auch stellvertretend für einen selbst stehen - aufrecht erhalten werden.
Andererseits werden sie auch von uns ausgegrenzt durch die unendliche Reproduktion jener Strukturen, die flüchtenden, behinderten und alten Menschen sowie auch den politischen Gefangenen ein würdiges Leben und politische Selbstbestimmung unmöglich machen sollen: Ausgrenzung, Aussonderung und Isolation, bis hin zur physischen und psychischen Vernichtung.
Dagegen richtet sich unser Kampf. Gewiß, von der Realisierung unserer Utopien sind wir unschätzbar weit entfernt. Aber zu den Notwendigkieten, die wir jetzt erkämpfen müssen, gehört die Freilassung aller politischen Gefangenen. Dabei geht es sowohl darum, ihre Gefangenschaft zu beenden, als auch mit allen, die unterschiedlichen Standpunkte konstruktiv und endlich ohne Staatsaufsicht zu diskutieren.
Also noch einmal, Irmgard Möller muß raus - noch in diesem Jahr!

Nicht scheinen, was man ist, das ist unglücklich für einen selber. Scheinen, was man nicht ist: das ist unglücklich für die anderen. Wie soll einer an Deiner Seite in den Kampf gehen, wenn Du ihm Deine Fehler nicht gezeigt hast? Die Anstrengung, zu scheinen, was Du nicht bist, erschöpft schon Deine ganze Kampfkraft
B. Brecht
(Dieses Zitat haben wir in "das info - briefe von gefangenen aus der raf" gefunden. Aus der Diskussion zwischen Gabi und Holger über die "struktur des verrats")

ZUM V-MANN KLAUS STEINMETZ

Wir veröffentlichen dieses Papier zu dem V-Mann K.S. jetzt, um weiteren Spekulationen über seine Zeit in Kaiserslautern von 1980-85 den Boden zu entziehen.
Die bisherige Umgangsweise mit dem Fakt, daß sich jahrelang ein Spitzel in unseren politischen Zusammenhängen bewegt hat - mit dem Ziel "an die Guerilla ranzukommen" - hat zahlreiche Fragen bzgl. unser aller politischer Verantwortung in der Entwicklung revolutionärer Politik in den letzten Jahren hier aufgeworfen. Diesen Fragen nachzugehen sollte im Vordergrund stehen, wenn wir die "Fassungslosigkeit" bewältigen wollen, die durch den Verrat von K.S. entstanden ist.
Der Mord an Wolfgang und die Festnahme von Birgit haben nochmal die Schärfe aufgeworfen, mit der dieses System grundlegende Prozesse für die Umwälzung der HERRschenden Verhältnisse bekämpft. Daran hat sich nie etwas geändert. Jeder Boden für eine Entwicklung in unserem Sinne mußte (und wird) erkämpft und behauptet werden.
Eine wirklich politische Auseinandersetzung mit dem Verrat wird nur laufen, wenn sie nicht in der subjektiven Struktur des Verräters verhaftet bleibt. Die wesentliche Frage danach, ob der Verrat zu verhindern gewesen wäre und in Zukunft zu verhindern sein wird, ist eine Frage nach unseren politischen und sozialen Zielen sowie deren Spuren im gemeinsamen Kampf um Befreiung. (Spuren, die dort materiell werden müssen, wo wir uns zusammen organisieren und handlungsfähige Strukturen aufbauen wollen). Die Betrachtung der Person K.S. wird uns kaum Antworten auf diese Frage geben können.
Daß die bürgerlichen Medien in den letzten Monaten die vermeintliche Geschichte des V-Manns als kriminologisches Muster entworfen haben, sollte uns nicht verwundern: es ist Teil ihrer ständigen Botschaft, daß "Befreiung nicht möglich ist".
Daß in den diversen politischen Szenen die Reaktionen auf die Tatsache des Verrats davon bestimmt waren, daß die Personalisierung des Verrats auf "Jede und jeden zutreffen könne, die/der sich in linken Zusammenhängen bewegt", gibt schon eher Anlaß zur Verwunderung darüber, welche Ziele <u>diese</u> radikale Linke in den letzten Jahren zu verfolgt haben scheint. Wir hoffen, daß dies zuallererst Reaktionen waren, die die Tiefe des Schocks ausdrückten, der Bad Kleinen bei uns allen ausgelöst hatte.
Jede Recherche bzgl. der Rolle des V-Manns K.S. macht nur einen Sinn, wenn sie einer politischen Bewertung unterzogen wird. Dieses Papier ist dazu nur als Fragment zu betrachten, es jetzt zu veröffentlichen soll dazu helfen, die Diskussionen in die richtige Richtung zu unterstützen. Denn es kann nicht unsere Aufgabe sein, Gerüchten und Halbwahrheiten hinterherzulaufen, wie sie die bürgerliche Presse und jetzt auch linksradikale Schriften auf den Markt werfen.

Steinmetz politische und soziale Geschichte, von außen betrachtet, gleicht der von vielen Menschen, die Teil der politischen und sozialen Bewegungen der achtziger Jahre waren.
Er ist in einem Dorf in der Nähe von Kaiserslautern groß geworden und beginnt Anfang 1980 ein Studium als Lebensmittelchemiker an der Universität Kaiserslautern. Dort beginnt er sich politisch im AStA der Universität zu betätigen. Er kandidiert Anfang der 80er ebenfalls bei einer Kommunalwahl in Kaiserslautern für die dortige Alternative Liste.
Er engagiert sich in der Bewegung gegen den sogenannten NATO-Doppelbeschluß (Stationierung der Cruise Missiles und Pershing II). So nimmt er z.B. an einem bundesweiten Treffen der Friedensbewegung 1983 (?) an der Universität KL teil. Bei diesem Treffen ging es um die Vorbereitung der Blockade von Ramstein, dem Headquarter der US-Air-Force in Europa und der NATO-Luftwaffe in Europa.[1)]
Gegen den NATO-Doppelbeschluß gab es in der BRD und in West-Europa eine breite Gegenbewegung. Es beteiligten sich alle politisch-fortschrittlichen Spektren daran, allerdings mit unterschiedlichen Analysen über die politischen Ausgangsbedingungen in den Metropolen und weltweit. So unterschieden sich auch die diversen Spektren in ihren Haltungen und Zielen.
In dieser Zeit hat Steinmetz seine ersten Erfahrungen mit Bullen und Prozessen wegen Blockaden gemacht. Steinmetz jobbte zu dieser Zeit neben seinem Studium in einer Szene-Kneipe "Café Wahnsinn" in Kaiserslautern, er lebte teilweise in WG's.
Die Universität[2)], bzw. deren ASTA, hatte in KL eine lange politische Geschichte. Beispielsweise fanden 1980/81 Prozesse wegen dem "Mescalero-Buback-Nachruf" statt, der 1977 in der Uni-Zeitung WAMPF nachgedruckt wurde. Der Prozeß 1980 richtete sich gegen die Herausgeber der WAMPF, es kam zu hohen Geldstrafen. Der Prozeß im Januar 1981 richtete sich gegen diejenigen, die 1977, als die Bullen wegen dem Mescalero-Nachruf in der WAMPF die ASTA-

Räume durchsuchten, dorthin mobilisierten, um eine Durchsuchung der Räume zu verhindern. Die Bullen gingen dabei massiv , u.a. mit Einsatz von CS-Gas und Hunden, gegen die DemonstrantInnen vor. Diese wurden später wegen "Landfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt" angeklagt. Ein Genosse aus dem antiimperialistischen Spektrum wurde in dem Prozeß im Januar 81 zu einer Geldstrafe verurteilt.
Anfang 1981 fanden in Kaiserslautern und Umgebung Hausdurchsuchungen bei ca 20 Menschen "wegen §§ 129 und 129a" statt. Sie liefen zu Beginn des Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF. Diese Hausdurchsuchungen und die Kriminalisierung mittels § 129a richteten sich gegen die Entwicklung des gemeinsamen Kampfs von Gefangenen, Widerstand und Guerilla. Konkret zielte der Staatsschutzapparat mit dieser Kriminalisierung darauf, eine Mobilisierung zum Hungerstreik der Gefangenen zu verhindern, d.h. den gemeinsamen Kampf für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen in große Gruppen (gemäß den Richtlinien der Genfer Konvention zum Schutz von Kriegsgefangenen) im Ansatz zu ersticken.
Drei GenossInnen aus dem antiimperialistischen Widerstand in Kaiserslautern sind bei diesen Hausdurchsuchungen auf Grund eines Haftbefehls wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung zur Unterstützung einer terroristischen Vereinigung in Untersuchungshaft (unter den Bedingungen der Isolation) eingefahren. Gegen die drei lief 1982 ein Staatsschutzprozeß vorm OLG Koblenz, bei dem sie zu Knast zwischen eineinhalb und drei Jahren verurteilt wurden. Sie waren bis Sommer 1984 im Knast Frankenthal bzw Zweibrücken in Isolationshaft.
1983 fand in diesem Zusammenhang ein weiterer Staatsschutzprozeß in Koblenz statt. Wiederum drei Angeklagte wurden zu hohen Geldstrafen verurteilt.

Kaiserslautern ist eine Stadt mit ca 100.000 Einwohnern (bei etwa gleicher Zahl von "Angehörigen der US-Streitkräfte in Europa, die das Stadtbild dominieren); es gab und gibt dort eine entsprechend kleine linke Szene. Die massive Kriminalisierung von Menschen aus dem linksradikalen Widerstand in Kaiserslautern war Teil der BRD/NATO-Aufstandsbekämpfung nach innen, welche die bundesweite gesellschaftliche Realität der achtziger Jahre mitbestimmte. Das politische und soziale Leben, die politischen Zusammenhänge sowie die gesamten politischen Entwicklungsprozesse in einer kleinen Stadt sind davon sicher mehr geprägt als in großen Städten.
Das massive Vorgehen gegen grundlegenden Widerstand in Kaiserslautern hatte sicher auch damit zu tun, daß die Stadt umzingelt ist von strategischen US/NATO-Basen wie Ramstein, Miesau oder Zweibrücken... Auch im Alltag war die massive US/NATO-Präsenz über Tiefflüge, Manöver und erhöhte Aktivitäten bei US/NATO-Interventionen allgegenwärtig.

In Kaiserslautern gab es eine Kontinuität von antiimperialistischem Widerstand seit Ende der sechziger Jahre. Diese Kontinuität verkörperten einige wenige GenossInnen, sie waren dann auch die ganzen Jahre Ende 70 und die achtziger Jahre über die Zielscheibe der Staatsschutzapparate.
Zu diesen GenossInnen hatte Steinmetz bis Ende 1984 keinen Kontakt, er war weder an der Mobilisierung zum Hungerstreik 1981 beteiligt noch richtete sich seine politische Aktivität gegen die 82/83 stattgefundenen Staatsschutzprozesse oder überhaupt gegen die Kriminalisierung der GenossInnen. Im Rahmen seiner Tätigkeit im ASTA in KL hat er aber sicher von diesen Prozessen mitbekommen, insbesondre von dem Prozeß gegen die Herausgeber der Uni-Zeitung WAMPF (wg. dem Mescalero-Nachruf), da er später selbst Redaktionsmitglied dieser Zeitung war.
Erst nach Bad Kleinen haben wir aufgrund von Recherchen mitbekommen, daß Steinmetz 1983 vom VS angequatscht worden sein soll. Steinmetz hatte damals mit Leuten aus dem ASTA darüber so geredet, daß er sich mit dem VS treffen wolle "um etwas aus denen raus zu kriegen". Mit dem Bewußtsein und dieser irrigen Vorstellung ist er da rangegangen. Denjenigen aus dem antiimperialistischen Widerstand in KL war das bis nach Bad Kleinen nicht bekannt.
Daß dies erst nach Bad Kleinen bekannt wurde, hat damit zu tun, daß es in den politischen Prozessen der achtziger Jahre quer durch alle politischen Szenen in der Linken immer wieder zu unaufgearbeiteten Brüchen, Ausgrenzungen und Abgrenzungen kam, die ein offenes miteinander Reden zum Teil unmöglich machten. Solche Situationen wußte und weiß der VS auch immer für seine Ziele zu nutzen. Ob Steinmetz seitdem für den VS arbeitet wissen wir nicht.

Inwieweit Steinmetz Anfang der 80er Jahre an Initiativen aus dem autonomen/antiimperialistischen Spektrum beteiligt war oder in entsprechende Diskussionsprozesse "integriert" war, können wir nicht genau sagen. Aus breiteren Plena, an denen wir selbst beteiligt waren (z.B. gegen die Volkszählung) haben wir keine spezielle Erinnerung an ihn. Seine "Bekanntschaft" haben wir Ende 1984 gemacht, als wir (eine antiimperialistische Gruppe aus Kaiserslautern) zur Vorbereitung einer Veranstaltung für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen in große Gruppen Kontakt zum ASTA der Universität aufnahmen. Für die Zeit zwischen 1981-84 können wir für die linke Stadtszene nur insoweit was sagen, als daß ein anfänglich größerer Diskussionszusammenhang mit

---

1) In Ramstein sitzen die Verantwortlichen für die nukleare Kriegsführung, von hier sollen die cruise missiles und Pershing II gestartet werden. Für den Krieg gegen die Völker im Trikont war und ist Ramstein eine Startbasis für die Militärmaschine. 1981 wurde das Headquarter in Ramstein von dem "Kommando Sigurd Debus" der RAF angegriffen.
2) Die Universität in KL ist eine High-Tech-Uni, an der Forschung+Entwicklung für den MIK (Militärisch-Industriellen Komplex) zu neuen Technologien wie z.B. im Bereich Künstliche Intelligenz und SDI (NATO-Weltraum-Kriegsprogramm) laufen.

antiimperialistischer Orientierung an verschiedenen Fragen gespalten war (bzgl. des Front-Papiers der RAF, der Prozesse gegen GenossInnen aus dem Antiimperialistischen Widerstand - Helga R. und Carlos G. -, bzgl der Entwicklung kollektiver Strukturen überhaupt), was letztendlich zu Trennungen führte. 1983/84, als die GenossInnen aus Kaiserslautern (s.o.) im Knast waren, waren wir nur noch wenige und mit unseren Positionen in Bezug auf den Kampf für die Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF und dem antiimperialistischen Widerstand sowie in Bezug auf die grundlegende Entwicklung zur Front mit der Guerilla isoliert. Zu anderen Zusammenhängen sowie deren Diskussionen können wir daher nichts sagen.
Die Veranstaltung im Januar 1985, während des Hungerstreiks der politischen Gefangenen, war auch ein Versuch von uns, diese Situation der Trennungen politisch aufzuheben. Diese Veranstaltung an der Universität KL durchzuführen hatte die formale Unterstützung des AStA, der sich auch über ein Verbot seitens des Uni-Präsidenten hinwegsetzte. Um sich der Unterstützung aller AStA-Mitglieder zu versichern, war auch Steinmetz damit befaßt, zur Durchführung der Veranstaltung Stellung zu nehmen. Er war dann auch selbst auf der Veranstaltung. Den AStA-Mitgliedern ging es im wesentlichen bei ihrem Hinwegsetzen über das Veranstaltungsverbot seitens des Uni-Präsidenten um die Garantie der Meinungsfreiheit.
Im Anschluß an die Veranstaltung war der AStA massiv damit konfrontiert, von verschiedenen Seiten unter Beschuß zu geraten, nach dem Motto "AStA unterstützt RAF" (Uni-Verwaltung und RCDS), gleichzeitig begann der Staatsschutz mit seinen Ermittlungen gegen uns, die Studentenschaft an der Uni auszuschnüffeln.
Unsere Versuche, gegen diese Staatsschutzangriffe gemeinsam vorzugehen, die individuellen "Lösungen" (wie Distanzierung, "begrenzte" Aussagen bei den Bullen zu machen, sich in "nichts mehr wissen" bei den Bullen zu flüchten versuchen) aufzuheben, gingen nur mühsam voran; gleichzeitig zog der Staatsschutz ständig die Schrauben weiter an (mit Hausdurchsuchungen, Terrorobservationen, Ladungen zur Staatsanwaltschaft und Ermittlungsrichter beim OLG Koblenz). Eine politische Auseinandersetzung war nur begrenzt möglich, der erzeugte Druck zeigte seine Wirkung. Nur langsam entwickelten sich aus dem gesamten politischen Prozeß (die ersten Momente der antiimperialistischen Front materialisierten sich) Ansätze von politischen Diskussionen, gemeinsame Schritte um den Staatsschutzangriffen zusammen zu entgegnen (so überlegten wir zusammen mit einigen Betroffenen, daß wir zu deren Vorladung seitens des Ermittlungsrichters am OLG Koblenz zusammen mit Anwälten dorthin fuhren, mit dem gemeinsamen Ziel, diese Denunziationsaufforderung durch Aussageverweigerung zurückzuweisen). Aus den Ansätzen war es dann auch möglich, Ende 1985 eine Veranstaltung zu den Staatsschutzangriffen gegen den Organisierungprozeß innerhalb der antiimperialistischen Linken zu organisieren, in der wir auch für den bevorstehenden Antiimperialistischen Kongreß im Januar 1986 in Frankfurt mobilisierten.

Steinmetz hat sich an den politischen Diskussionen nicht beteiligt, solange er noch in Kaiserslautern war (Er zog im Juni 1985 nach Mainz), bot allerdings seine Funktion als AStA-Drucker an. Seine individuelle Rangehensweise bezüglich der Fragen, die wir hatten - einen klaren Trennungsstrich zu den Staatsschutzangriffen zu ziehen, sie politisch zurückzuweisen - begründete er als Taktik, "sich nicht offen zu machen" (das war seine Vorstellung, zu sagen, er erinnere sich an nichts mehr). Unsere Fragen nach der Strategie, die dahinter stecke, konnte er nicht beantworten.
Die Generalstaatsanwaltschaft Koblenz zimmerte bis Mitte 1986 an einer Anklageschrift gegen uns wegen "Bildung einer kriminellen Vereinigung zur Unterstützung einer terroristischen Vereinigung", um letztendlich die Durchführung der Veranstaltung von 1985 an der Uni Kaiserslautern zu kriminalisieren. Bis zum Prozeß gegen uns Anfang 1987 hatten wir sporadisch Kontakt zu Steinmetz, so auch als er auf eine Vorladung im Herbst 1985 des Vertreters der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz vorhatte, ohne Anwalt dort hinzugehen und daran festzuhalten, "sich an nichts mehr erinnern zu können". Dort war er dann schließlich mehrere Stunden im Verhör (?), von dem ganzen Vorgang existieren 10 Seiten Aussagen. Nach dem er aus diesem Verhör (?) rauskam, sagte er uns, daß er anfangs gesagt habe, er werde keine Aussagen machen, dann jedoch von Seiten des Staatsanwalts damit konfrontiert worden wäre, daß dieser sofort zum Haftrichter gehen könne, um ihn in Beugehaft nehmen zu lassen, dadurch habe er sich dann doch darauf eingelassen, "unwesentliche" Aussagen zu machen. In unseren Kontakten zu Steinmetz zu dieser Zeit ging es deshalb auch immer wieder um die einundselbe Frage: Was es politisch/praktisch heißt, hier um Veränderungen, um Umwälzung zu kämpfen, und welche Bedeutung es hat, darin von sich aus dazu zu kommen, einen klaren Trennungsstrich zu den Herrschenden zu ziehen. Daß er sich dann entschlossen hatte, beim bevorstehenden Prozeß (im Gegensatz zu seinem Verhalten bis dahin) 1987 mit seiner Rechtsanwältin zu kommen und die Zeugenaussage zu verweigern, haben wir in dieser Begrenzung als Veränderung wahrgenommen, die jedoch äußerst formal verlaufen war. Wir konnten zu dieser Zeit auch davon ausgehen, daß sein Verhalten als "Zeuge" in einem 129a-Prozeß in Mainz/Wiesbaden bei GenossInnen bekannt war; uns bekannte Leute von dort hatten den Prozeß besucht und waren auch während Steinmetz' Auftritt vor Gericht da[3]. Wen die Prozeßgeschichte noch näher interessiert: Es gibt dazu auch eine Prozeß-Dokumentation aus dieser Zeit, in der u.a. auch das Verhalten der AStA-Mitglieder in der Konfrontation mit dem Staatsschutzapparat beschrieben wurde.

Einige GenossInnen, die bis Ende 1989 in Kaiserslautern lebten, zusammen mit einigen GenossInnen aus Saarbrücken

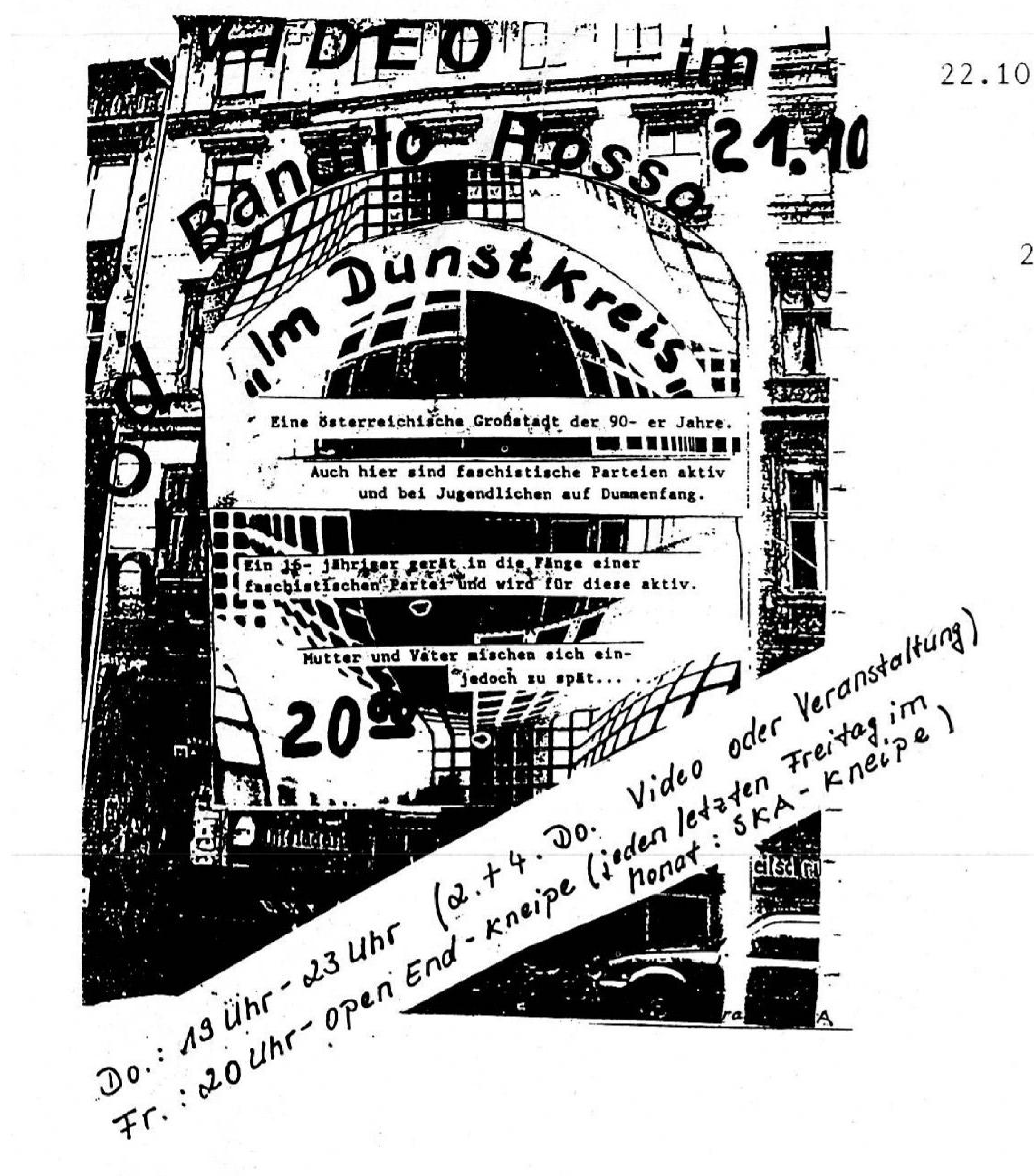
Kontaktadresse:
Radio "Harte Zeiten - Widerstand in Politik und Kultur"
c/o Infobüro Alte Feuerwache
Am Landwehrplatz 2
66111 Saarbrücken

3) *Wir erwähnen dies im Zusammenhang mit einem Interview, das die Zeitung "Arranca" mit einem Menschen aus der Rhein-Main-Region vor kurzem führte. Dieser sagte dort sinngemäß, daß die Information, daß Steinmetz 1985 bei der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz vier Stunden ohne Anwalt im Verhör war, von uns in die "Wiesbadener Zusammenhänge" hätte hineingetragen werden müssen. Wir haben an diesen Menschen die Frage, wie er sich die Bedeutung dieses Vorgangs vorstellte, da uns zur Zeit des Verhörs und auch später kein politischer Zusammenhang mit Steinmetz verbunden hat. Außerdem die Frage: In welche politischen Zusammenhänge, meint er, hätten wir es tragen sollen?*

Do. 21.10.93, 20 Uhr: VV zu Halbe im Versammlungsraum, Mehringhof

21.10.93 **Christina Thürmer-Rohr: Das Verhältnis zu den Anderen**

14-16 Uhr in der Humboldt-Uni, Hauptgebäude, Raum 2014a



22.10. 21⁰⁰ Filme im EX : -die neueste und allerletzte AK-Kraak !
- " Die Wahrheit liegt in Rostock "

22.10. 20⁰⁰ Konzert : - Apoplexy (Bln.)
- Under Black Cloud (Frankf./O.)
- Special Guest

Villa Eckertstein
Berlinerstr. 90
Strausberg



Amüsiert verfolgten die Arbeiterkinder, wie die Nachtschicht mit ihren Rasenmähern auf den Flächen vor ihren Häusern herumfuhrwerkten

Sa. 23.10.93, 21 Uhr:

HC-Konzert mit Disturbing Foresights (NL)
+ Apoplexy (Bln) im SEK, Scharnweberstr. 28
Friedrichshain.

Anarchistisches Bildungsprogramm

25.10.93 19⁰⁰	26.10.93 19⁰⁰	27.10.93	28.10.93
Kapital und Krise	**Marktwirtschaft ohne Kapitalismus**	**Die braunen Zonen Abschlußdiskussion**	**Klassiker der Anarchie Stirner**
Jacob Schiffelholz	Klaus Schmitt	Cantzen/Hettich	Jochen Knoblauch
Infoladen Bambule	Infoladen Bambule	El Locco	El Locco

Infoladen Bambule, Schönhauser Allee 20, Berlin Prenzlauer Berg



Bildungs programm
Kreuzbergstr. 43 1000 Berlin 61 EL LOCCO offen dienstag - sonntag ab 17⁰⁰

Mittwoch 27.10.
19⁰⁰
ReferentInnen
Ort

Kommunitäre Existenzwirtschaft
Eine der neueren intellektuellen Moden, aus der USA importiert, ist gegenwärtig der sogenannte Kommunitarismus. Er will der Individualistischen Gesellschaft gemeinschaftliche Werte zurückgeben. Mensch kann das unwirsch als konservativen Aufguß abwehren.
Abschlußdiskussion
Zusammenfassung und Abschlußdiskussion über die „Braunen Zonen". Kritik des Kurses Ideen und Mitbeiteiligung für anknüpfende Kurse. Diskussion über das Projekt des „Anarchistischen Bildungsprogramms"

ANARCHISTISCHES Bildungs programm
Kreuzbergstr. 43 1000 Berlin 61 EL LOCCO offen dienstag - sonntag ab 17⁰⁰

Donnerstag 28.10.
19⁰⁰
ReferentInnen
Ort

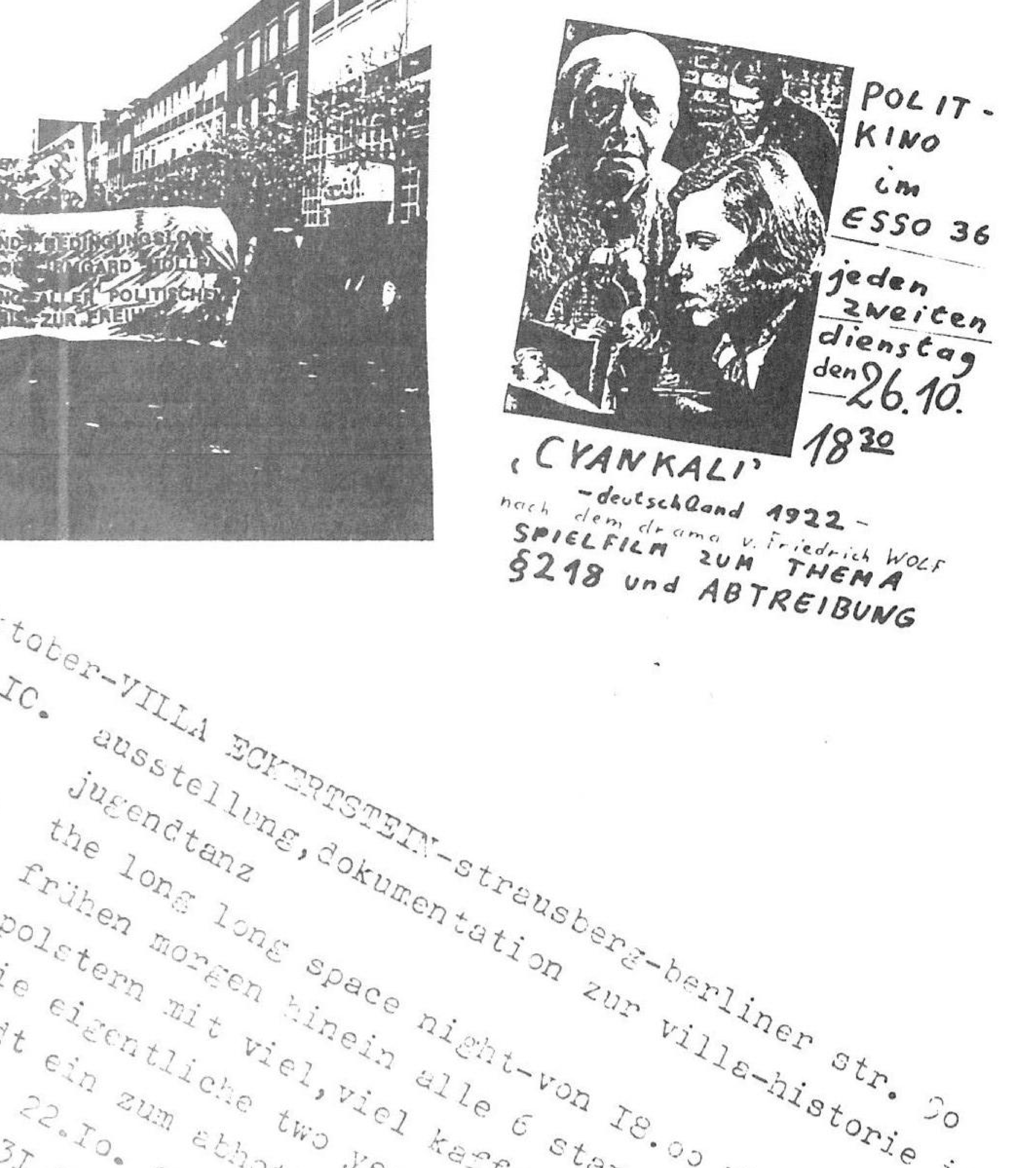
Max Stirner
1906-1856. Deutscher Philosoph und Linkshegelianer. Wurde posthum zum Begründer des Individual-Anarchismus erklärt und zählt wohl zu den umstrittensten Figuren im linksradikalen Lager.



SAMSTAG, 23. OKTOBRA
20 Uhr, 3 DM







oktober-VILLA ECKERTSTEIN-strausberg-berliner str. 9o
26.IO. ausstellung,dokumentation zur ville-historie im cafe
jugendtanz
29.Io. the long long space night-von I8.oo uhr bis in den frühen morgen hinein alle 6 ster trek filme-in bequemen polstern mit viel,viel kaffee
30.Io. die eigentliche two years party-guter dj mit guter mucke lädt ein zum abhotten
konzerte 22.Io. apoplexy+verband
31.Io. tribe 8 (san francisco) + integrity (new york)

♀ SPECIAL: HC-KONZERT
29.10. "DO OR DIE" (NL)
22⁰⁰ "TRIBE 8" (USA)
LADIES ONLY.
- IM EX -



Literaturempfehlungen: Thema Psychiatrie-Kritik

Peter R. Breggin: Elektroschock ist keine Therapie
Das beste deutschsprachige Buch zum Thema Elektroschock, von dem US-amerikanischen Psychiater-Dissidenten. Kartoniert, 281 S., München/Wien/Baltimore 1980.
Modernes Antiquariat: statt DM 38,-- nur noch 25,-- / sFr 25,-- / öS 195,--
Bestellnummer 4-1

Kerstin Kempker: Teure Verständnislosigkeit.
Die Sprache der Verrücktheit und die Entgegnung der Psychiatrie
Nachwort von Thilo von Trotha.
Preis der Verrücktheit ist das Risiko der Psychiatrisierung und der Verlust der gemeinsamen Sprache; Preis der Anpassung wäre jedoch die Preisgabe der eigenen Identität. Heiner Keupp in der *Psychologischen Literaturumschau*: »Kerstin Kempker versammelt in einer Art Collage einer Fülle von Zitaten das antipsychiatrische und psychiatriekritische Erbe und konfrontiert es mit dem Selbstverständnis der Psychiatrie, in ihrer klassischen wie auch in ihrer modernisierten Variante. Die Collage wird dadurch zu einer bewegenden Konfrontation, daß Äußerungen von Antonin Artaud, Ingeborg Bachmann, Sylvia Plath, Robert Walser oder Unica Zürn einbezogen sind, also Äußerungen von SchriftstellerInnen, die über die Grenzen der instrumentellen Vernunft hinaus gelebt und geschrieben haben ... «
Kartoniert, 128 S., 18 Abbildungen, Berlin 1991. DM 19,80 / sFr 20,40 / öS 155,--
Bestellnummer 4-2

Kerstin Kempker & Peter Lehmann (Hg.): Statt Psychiatrie
Kartoniert, 512 S., 46 Abbildungen, Berlin 1993. DM 35,-- / sFr 35,20 / öS 273,-- *(näheres s. Rückseite)*
Bestellnummer 4-3

Peter Lehmann: Der chemische Knebel –Warum Psychiater Neuroleptika verabreichen
Mit über 150 Abbildungen und wertvollen Tips zum Absetzen. Standardwerk der modernen wissenschaftlichen Psychiatriekritik.
Kartoniert, 448 S., 2., verbesserte u. aktualisierte Auflage, Berlin 1990. DM 29,80 / sFr 30,10 / öS 233,--
Bestellnummer 4-4

Jeffrey M. Masson: Die Abschaffung der Psychotherapie
Eine schonungslose Abrechnung mit machtbesessenen Therapeuten, von Jung über Erickson, Ferenczi, Freud, Rogers, Rosen bis hin zu modernen, sich alternativ gebenden Therapeut(inn)en. In dem spannend geschriebenen und präzise recherchierten Buch weist Masson seiner ehemaligen Kollegenschaft arrogante Bevormundung, psychischen Terror, physische Gewalt, sexuellen Mißbrauch und reihenweise Irrtümer nach.
Gebunden, 352 S., München 1991. DM 42,-- / sFr 42,-- / öS 328,--
Bestellnummer 4-5

Marc Rufer: Irrsinn Psychiatrie
Über die Fragwürdigkeit des Begriffs der 'psychischen Krankheit', die politische Funktion der Psychiatrie, über Behandlungsschäden durch Neuroleptika, Antidepressiva, Tranquilizer und Elektroschocks, über die Lösung des Heroinproblems u.v.m..
Kartoniert, 232 S., 2. Auflage, Bern 1989. DM 32,-- / sFr 29,-- / öS 250,--
Bestellnummer 4-6

Einladung zum Tag der Antipsychiatrie

Anfang November letzten Jahres wurden erstmalig psychiatrische Einrichtungen in Berlin von Nazis überfallen.

Aus diesem Anlaß lädt die *Irren-Offensive e. V.* zu einem Informationstag am 6. November 1993 ein.

Unterstützt wird die Veranstaltung vom Antipsychiatriearchiv des Papiertigers, Berlin, Drugstore e. V., Verein zum Schutz vor psychiatrischer Gewalt e. V., Beschwerdezentrum Berlin, und dem Bundesverband Psychiatrieerfahrener, Bonn.
Die Veranstaltung wird durch die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales gefördert

Veranstaltungsort: **Drugstore**, Potsdamerstr. 180, Bln.-Schöneberg
Einlaß: 15.00 Uhr
Beginn: 16.00 Uhr

Programmablauf:

16.00 Uhr	Kurzes Einleitungsreferat von Vertretern des Antipsychiatriearchivs und Irren-Offensive
anschließend :	Diskussion zu den Überfällen mit Mitarbeitern des betroffenen Griesingerkrankenhauses (Dr. Vulturius angefragt)
ca. 17.00 Uhr	Filme zum Thema Psychiatrie -Waldheim (eine forensische Klinik in Sachsen) -Die Hölle von Uckermünde
anschließend:	Diskussion, anwesend u.a. **Ernst Klee**, Filmautor und Publizist, **Rosi Haase**, Durchblick e. V.
20.00 Uhr	**Volpone** - Das Psychiatriebetroffenencabaret "3 nach 12" aus Leipzig führt ein Stück von Stefan Zweig auf

Während der Veranstaltung werden antipsychiatrische Initiativen mit Infoständen vertreten sein


Haupt-
stadt
?
Weiter
Stadt
27.3.
Olym-
pia-
stadt
23.9.
Keine Räumung der besetzter
Häuser und Plätze
Kommt zum
Fahrrad- und
Wagenumzug
Schneller - Bunter - Lauter!!!
Samstag, 23.10.93, 13.00 Uh
Rotes Rathaus
visdp b.sätzer mainzer str 3 1035 berlin